SCHÜLLERMANN

SWS Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Landau in der Pfalz
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017



Inhaltsverzeichnis

A. Prüfungsauftrag	1
B. Grundsätzliche Feststellungen	3
Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung	3
C. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses	5
I. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	5
II. Vermögenslage (Bilanz)	6
III. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	9
D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	10
E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	14
Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen Jahresabschluss Lagebericht	14 14 14 15
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses 1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen 3. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	15 15 16
F. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages	17
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	17
G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkungen	18

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Bilanz zum 31. Dezember 2017

Anlage 2: Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017

Anlage 3: Anhang für das Geschäftsjahr 2017

Anlage 4: Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Anlage 5: Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Anlage 6: Rechtliche Verhältnisse

Anlage 7: Wirtschaftliche Verhältnisse

Anlage 8: Steuerliche Verhältnisse

Anlage 9: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

Anlage 10: Spartenübersicht 2017 mit Vorjahreszahlen

Anlage 11: Nachhaltigkeitsbericht

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

0391/18 LSH/Mt 1094731

Hinweis:

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.

Absatz

AktG

Aktiengesetz

BilRUG

Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz

EGHGB

Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch

EigAnVO

Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung

ESW

EnergieSüdwest AG

EU

Europäische Union

GemO

Gemeindeordnung

GmbHG

Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

HGB

Handelsgesetzbuch

HGrG

Haushaltsgrundsätzegesetz

IDW

Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf

KomPrVO

Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen

PS

Prüfungsstandards des IDW

QM

Qualitätsmanagement

SHS

SH-Service GmbH, Landau in der Pfalz

SJS

SH-Jugend und Soziales gGmbH, Landau in der Pfalz

Stadtholding

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, Landau in der Pfalz

VOB

Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen

VOF

Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen

VOL

Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen

VOPR 30/53

Verordnung über die Preise für Bauleistungen bei öffentlichen oder mit öf-

fentlichen Mitteln finanzierten Aufträgen (Preisordnung)



A. Prüfungsauftrag

Der Aufsichtsratsvorsitzende der

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, Landau in der Pfalz

– im Folgenden auch kurz "Stadtholding" oder "Gesellschaft" genannt – hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 der Gesellschaft nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Dem Prüfungsauftrag lag der Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 19. Dezember 2017 zugrunde, mit welchem wir zum Abschlussprüfer gewählt wurden (§ 318 Abs. 1 Satz 1 HGB). Wir haben den Auftrag mit Schreiben vom 18. Januar 2018 angenommen.

Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft i. S. v. § 267 HGB und gemäß §§ 316 ff. HGB prüfungspflichtig. Nach § 12 des Gesellschaftsvertrages hat die Geschäftsführung einen Jahresabschluss und einen Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften zu erstellen. Weiterhin sind bei der Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes die Vorschriften der EigAnVO zu beachten.

Eine gesetzliche Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichts für den Konzern der Stadtholding besteht nicht, da die Größenkriterien des § 293 HGB nicht erfüllt sind.

Darüber hinaus wurden wir von den gesetzlichen Vertretern beauftragt, die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) zu prüfen und hierüber zu berichten; wegen Einzelheiten siehe auch Abschnitt F. des Berichtes.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C., D. und E. im Einzelnen dargestellt. Die Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages haben wir in Abschnitt F. dargestellt. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt G. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (Anlage 1), der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und dem Anhang (Anlage 3), sowie den geprüften Lagebericht (Anlage 4) beigefügt.

Die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in den Anlagen 6 bis 8 tabellarisch dargestellt. Der Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG ist als Anlage 9 beigefügt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde.

B. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3) die wirtschaftliche Lage des Unternehmens beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestandes und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichtes ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes gewonnen haben.

Folgende Kernaussagen im Lagebericht sind hervorzuheben:

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft:

- Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Jahresfehlbetrag von TEUR 129 (Vorjahr Jahresfehlbetrag TEUR 565) erwirtschaftet. In das Ergebnis eingeflossen sind Erträge aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG in Höhe von EUR 2.450 (Vorjahr TEUR 2.146).
- Die Geschäftsführung erläutert die Entwicklung in den einzelnen Sparten und stellt fest, dass im Bereich der Bäder insgesamt ein Umsatzrückgang zu verzeichnen war, wobei bei den Erlösen aus Vermietung und Veranstaltungen insgesamt eine Umsatzsteigerung stattgefunden hat.
- Die Gesellschaft erläutert im Anschluss die Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaften.
- Ein Geschäftsrisiko wird im EU-Beihilferecht gesehen. Zur Risikominimierung wurden Betrauungsakte von der Stadt Landau erlassen.
- Im Jahr 2017 beträgt der Verlust in den betrauten Bereichen TEUR 2.663. Unter Berücksichtigung der Beteiligungserträge von TEUR 2.501 ergibt sich für die betrauten Leistungen eine Unterdeckung von TEUR 162.

Zukünftige Entwicklung, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung:

- Steigende Personalkosten und sich verschärfende gesetzliche Rahmenbedingungen werden auch zukünftig die Unternehmensentwicklung negativ beeinflussen. Darüber hinaus bleibt die Abhängigkeit vom Witterungsverlauf, der Binnenkonjunktur und des Dividendenzuflusses aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG bestehen.
- Mit dem Bau eines AquaDome in Neustadt und dem möglichen Bau eines Schul- und Trainingsbades in Landau durch einen örtlichen Schwimmverein sowie die Sanierung und Aufwertung weiterer B\u00e4der im Umfeld von Landau wird der Konkurrenzdruck weiter zunehmen.
- Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 geht vor Zufluss der Beteiligungserträge der EnergieSüdwest AG von einem Verlust von TEUR 2.547 aus. Bei Einhaltung des Wirtschaftsplans 2018 kann auf Grund des Ergebnisses 2017 der EnergieSüdwest AG, das 2018 von der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH vereinnahmt wird, ein positives Ergebnis erwartet werden.
- Zusammenfassend kann man sagen, dass die Gesellschaft trotz einer sich immer weiter verschärfenden Risikosituation den Eintritt kleiner oder mittlerer Risiken ohne akute Bestandsgefahr verkraften kann.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Gesellschaft einschließlich der dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand der Gesellschaft gefährdet wäre.

C. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft ausgerichtet. Zudem ist die Aussagekraft von Bilanzdaten – insbesondere aufgrund des Stichtagsbezugs der Daten – relativ begrenzt.

I. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

	2017		2016		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	3.129	91,9	3.089	92,2	40
Sonstige betriebliche Erträge	274	8,1	260	7,8	14
Betriebsertrag	3.403	100,0	3.349	100,0	54
Materialaufwand	1.389	40,8	1.475	44,0	-86
Personalaufwand	2.687	79,0	2.597	77,5	90
Abschreibungen	966	28,4	943	28,2	23
Sonstige betriebliche Aufwendungen	937	27,5	1.041	31,1	-104
Betriebsaufwand	5.979	175,7	6.056	180,8	-77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2	-0,1	0	0,0	-2
Finanzergebnis	-2	-0,1	0	0,0	-2
Betriebsergebnis	-2.578	-75,7	-2.707	-80,8	129
Beteiligungsergebnis und Ergebnisabführung	2.460	72,3	2.149	64,2	311
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11	0,3	7	0,2	4
Jahresfehlbetrag	-129	3,8	-565	-16,9	436

Die **Umsatzerlöse** verbesserten sich um TEUR 40 auf TEUR 3.129. Ursächlich für die Umsatzsteigerung sind höhere Umsätze aus der Vermietung und Verpachtung der Festhalle, des "Alten Kaufhauses" und des Messegeländes infolge höherer Auslastung, Preiserhöhungen und der Nachfrage hochwertiger Serviceleistungen.

Die Minderung des Materialaufwandes resultiert hauptsächlich aus der Reduzierung des Energieaufwandes und der Unterhaltungsleistungen für die Gebäude.

Der **Personalaufwand** ist trotz leichtem Rückgang des durchschnittlichen Personalbestands um TEUR 90 gestiegen. Ursächlich dafür waren vor allem die tariflichen Gehaltserhöhungen.

Die Minderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert aus geringeren Ausgaben für verschiedene Aufwandsposten, insbesondere für Leasing (./.TEUR 38), Datenverarbeitung (./.TEUR 20) und Kostenerstattungen an verbundene Unternehmen (./.TEUR 21).

Das **Beteiligungsergebnis und Ergebnisabführung** hat sich um TEUR 311 verbessert, wobei auf die Beteiligung an der EnergieSüdwest AG ein Anteil von TEUR 2.450 (Vorjahr TEUR 2.146) entfällt und auf die Gewinnabführung der SH-Service GmbH TEUR 10 (Vorjahr TEUR 3).

II. Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2017 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2016 gegenübergestellt (vgl. Anlage 1).

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus der folgenden Zusammenstellung der Bilanzzahlen in TEUR für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016:

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Aktivseite					
Immaterielle Vermögensgegenstände	34	0,1	44	0,2	-10
Sachanlagen	8.454	37,2	8.962	39,6	-508
Finanzanlagen	12.424	54,7	12.424	54,8	0
Langfristiges Vermögen	20.912	92,0	21.430	94,6	-518
Vorräte	22	0,1	19	0,1	3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	118	0,5	69	0,3	49
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	46	0,2	37	0,2	9
Forderungen gegen Gesellschafter	0	0,0	11	0,0	-11
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	1.299	5,7	722	3,2	577
Flüssige Mittel	331	1,5	365	1,6	-34
Kurzfristiges Vermögen	1.816	8,0	1.223	5,4	593
Summe Aktivseite	22.728	100,0	22.653	100,0	75
=					
Passivseite					
Gezeichnetes Kapital	10.226	45,0	10.226	45,1	0
Gewinnrücklagen	5.985	26,3	5.985	26,4	0
Gewinnvortrag	2.800	12,3	3.365	14,9	-565
Jahresfehlbetrag	-129	-0,6	-565	-2,5	436
Eigenkapital	18.882	83,0	19.011	83,9	-129
Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.559	6,9	1.588	7,0	-29
Langfristige Rückstellungen	735	3,2	708	3,1	27
Langfristige Mittelbereitstellung	21.176	93,1	21.307	94,0	-131
Kurzfristige Rückstellungen	440	1,9	392	1,7	48
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	12	0,1	1	0,0	11
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	268	1,2	329	1,4	-61
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	28	0,1	28	0,1	0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	107	0,5	0	0,0	107
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	71	0,3	21	0,1	50
Sonstige Verbindlichkeiten	152	0,7	150	0,7	2
Rechnungsabgrenzungsposten	474	2,1	425	1,9	49
Kurzfristige Mittelbereitstellung	1.552	6,9	1.346	6,0	206
Summe Passivseite	22.728	100,0	22.653	100,0	75
=		, -			

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 75 erhöht.

Bei Investitionen von TEUR 457 und planmäßigen Abschreibungen von TEUR 966 und einem Anlagenverkauf von TEUR 9 hat sich das Anlagevermögen um TEUR 518 vermindert.

Die Steigerung der sonstigen Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten ist im Wesentlichen auf die Steuererstattungsansprüche aus der Gewinnausschüttung der EnergieSüdwest AG zurückzuführen.

Die Veränderung der flüssigen Mittel ist aus der nachfolgenden Kapitalflussrechnung ersichtlich.

Die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber der Stadt Landau für die bei der Gesellschaft beschäftigten städtischen Beamten werden unter den langfristigen Rückstellungen ausgewiesen.

Der Anstieg der **sonstigen Rückstellungen** resultiert hauptsächlich aus der Fortentwicklung der Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit sowie auf noch zu erwartende Eingangsrechnungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** betreffen Leistungsabrechnungen der Stadt, hauptsächlich für Personal, IT und Gebäudemanagement.

Die Gesamtverbindlichkeiten inklusive des **Rechnungsabgrenzungspostens** sind im Wesentlichen aufgrund der zum Bilanzstichtag höheren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen angestiegen.

III. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung nach DRS 21 mit entsprechendem Vorjahresausweis erstellt:

		2017	2016	Veränderung
	-	TEUR	TEUR	TEUR
	Jahresergebnis	-129	-565	436
+/./.	Ab-/Zuschreibungen sowie Abgänge auf Gegenstände des Anlagevermögens	966	943	23
+/./.	Zu-/Abnahme der Rückstellungen	75	91	-16
+/./.	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenstände des Anlagevermögens	0	1	-1
.I.	Zahlungsunwirksame Erträge	-95	-92	-3
././+	Zu-/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-627	116	-743
+/./.	Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	152	129	23
+	Zinsaufwendungen	2	0	2
+/./.	Ertragsteueraufwand	6	7	-1
+/./.	Ertragsteuerzahlungen	0	-5	5
./.	Beteiligungserträge und Ergebnisabführungen	-2.460	-2.149	-311
=	Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-2.110	-1.524	-586
+	Einzahlungen aus Anlagenverkäufen	9	269	-260
./.	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-457	-985	528
+	Erhaltene Zuschüsse	66	67	-1
.J.	Zinszahlungen	-2	0	-2
+	Erhaltene Dividenden	2.450	2.146	304
=	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	2.066	1.497	569
+	Ein-/Auszahlungen aus Ergebnisabführung	10	3	7
=	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	10	3	7
=	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-34	-24	-10
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	365	389	-24
=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	331	365	-34

Die liquiden Mittel setzten sich aus Bankguthaben und Barkassen zusammen.

Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr ihre Zahlungsverpflichtungen stets erfüllen.

D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 (Anlagen 1 bis 3) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 (Anlage 4) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages. Ferner prüften wir die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung in entsprechender Anwendung des § 53 HGrG (vgl. hierzu Abschnitt F.).

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichts hat sich auch darauf erstreckt, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet wurden.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Gemäß § 89 Abs. 3 GemO i. V. m. § 4 KomPrVO erstreckte sich unsere Prüfung auch auf die Feststellungen, ob

- die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen sowie die Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet sind,
- 2. der Lagebericht mit dem Jahresabschuss im Einklang steht und seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken,
- die wirtschaftlichen Verhältnisse geordnet sind und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der geprüften Gesellschaft, verlustbringende Geschäfte sowie – soweit zutreffend – die Ursachen von Verlusten und eines Jahresverlustes dargestellt sind und
- 4. die Geschäftsführung Anlass zu Beanstandungen gibt.

Die Prüfungsarbeiten haben wir in der Zeit von 16. bis 19. April 2018 in den Geschäftsräumen der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, Landau in der Pfalz, durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichtes in unseren Büroräumen in Mainz.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von der Mittelrheinische Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Mainz, geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 1. Juni 2017 versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2016. Er wurde von der Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 19. Dezember 2017 unverändert festgestellt.

Die Eröffnungsbilanzwerte haben wir daraufhin geprüft, ob sie ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen wurden. Wir haben zusätzliche Prüfungshandlungen durchgeführt, um eine hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, dass die nicht von uns geprüften Eröffnungsbilanzwerte keine wesentlichen Fehler enthalten.

Unsere Prüfung hat sich nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann (§ 317 Abs. 4a HGB n. F.).

Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen von Kreditinstituten sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind im Anhang vollständig angegeben.

Bei der Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert – jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung – so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus Gesprächen mit der Geschäftsführung bekannt.

Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Umsatzrealisierung
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldenposten der Stadtholding haben wir Bankbestätigungen und Saldenbestätigungen von Kreditinstituten und Lieferanten eingeholt.

Bei der Prüfung der sonstigen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen haben wir uns auf die vorgenommene Ermittlung von Sachverständigen gestützt.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Die nach § 4 KomPrVO i. V. m. Ziff. 15 VV KomPrVO erforderlichen Angaben machen wir wie folgt:

Angaben zur Prüfbereitschaft bei Aufnahme der Prüfung:
 Bei Aufnahme der Prüfung lag ein prüffähiger Jahresabschluss vor.

 Wesentliche Abweichungen zwischen dem aufgestellten und dem geprüften Jahresabschluss:

Wesentliche Abweichungen ergaben sich nicht.

Namen der mit der Prüfung beauftragten Personen:

Prüfungsleiter: Herr Dipl.-Volkswirt Michael Laehn

Steuerberater, Wirtschaftsprüfer

Prüfer: Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Jürgen Koschinski

E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Buchführung der Gesellschaft wird mit Hilfe der Software OK.FIS NKFW (Finanzwesen und Anlagenbuchhaltung) der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern, München, erstellt.

Die Personalabrechnung erfolgt durch die Personalabteilung der Stadt Landau.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften, den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und der EigAnVO aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem handelsrechtlichen Gliederungsschema.

Die Bewertung entspricht den Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften, soweit sich aus der EigAnVO nichts anderes ergibt.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben weitgehend im Anhang.

In dem von der Geschäftsführung aufgestellten Anhang (Anlage 3) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017 (Anlage 4) hat ergeben, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und dass er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt und die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB und den ergänzenden Vorschriften des § 36 i. V. m. § 26 EigAnVO vollständig und zutreffend sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht alle vorgeschriebenen Angaben enthält und damit den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. in seiner Gesamtaussage – wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang ergibt –, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

Für die Versorgungsansprüche der für die Gesellschaft tätigen Beamten wird bei der Stadt Landau eine Rückstellung gebildet. In Höhe des Anspruchs der Stadt Landau an die Stadtholding wurde eine sonstige Rückstellung gebildet. Auf eine Aufteilung des Erfüllungsbetrages in einen Gehalts- und Zinsanteil wurde verzichtet.

Ansonsten blieben die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unverändert zum Vorjahr.

Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3).

3. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Berichtspflichtige Tatsachen aus sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses lagen nach dem Ergebnis unserer Prüfungshandlungen im Prüfungszeitraum nicht vor.

F. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages

Das Ergebnis der erweiterten Prüfung wird von uns nicht in den Bestätigungsvermerk aufgenommen, da sich hieraus keine wesentlichen Auswirkungen ergeben, die die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichtes in Frage stellen.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Die Abschlussprüfung erstreckte sich auftragsgemäß auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und den hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage 9 dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkungen

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 (Anlage 4) der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, Landau in der Pfalz, unter dem Datum vom 11. Mai 2018 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, Landau in der Pfalz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerkes außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Mainz, 11. Mai 2018

Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Volksw. Thomas Fichtelberger Wirtschaftsprüfer

Dipl.-Volksw. Michael Laehn Wirtschaftsprüfer



Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, Landau in der Pfalz Bilanz zum 31. Dezember 2017

AKTIVA

PASSIVA

_	31.12.20 EUR	17	31.12.2016 EUR				31.12.20 EUR	17	31.12.2016 EUR
Anlagevermögen I. Immaterielle Vermögensgegenstände	<u> 33.515,42</u>	33.515,42	43.896, <u>55</u> 43.896,55	A.	Eig I. II. IV. V.	genkapital Gezeichnetes Kapital Kapitalrücklage Gewinnrücklagen Gewinnvortrag Jahresfehlbetrag		10.226.000,00 969.317,36 5.015.726,05 2.799.814,74 -129.685,35	10.226.000,00 969.317,36 5.015.726,05 3.365.076,63 -565.261,89
 II. Sachanlagen 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken 2. Technische Anlagen und Maschinen 	4.788.343,11 3.114.973,46		5.272.941,38 3.088.707,99	В. С.		nderposten für Investitionszuschüsse ckstellungen		18.881,172,80 1.558.724,61	19.010.858,15 1.587.878,86
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung III. Finanzanlagen	<u>551.310,71</u>	8.454.627,28	600.411,75 8.962.061,12		1. 2.	Steuerrückstellungen Sonstige Rückstellungen	24.975,00 1.149.863,52		8.725,00 <u>1.091.544,32</u> 1.100.269,32
 Anteile an verbundenen Unternehmen Beteiligungen 	50.549,27 12.373.142,35 —	12.423.691,62 20.911.834,32	50.549,27 12.373.142,35 12.423.691,62 21.429,649,29	D.	Ve 1.	rbindlichkeiten Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 12.702,00 (Vorjahr EUR 710,00)	12.702,00		710,00
B. Umlaufvermögen I. Vorräte 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	 14.652,40 7.521,00	20.011.007.02	13.454,48 5.424,46		2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 268.355,92 (Vorjahr EUR 329.481,98)	268.355,92		329.481,98
 Fertige Erzeugnisse und Waren II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 	118.155,90	22.173,40	18.878,94 69.499,67		0.	Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 27.716,73 (Vorjahr EUR 27.506,82)	27.716,73		27.506,82
 Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Gesellschafter Sonstige Vermögensgegenstände 	45.950,00 0,00 1.277.449,27	 1.441.555,17	37.196,92 11.221,83 652.628,43 770.546,85		4. 5.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 107.027,61 (Vorjahr EUR 0,00) Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen	107.027,61		0,00
III. Kassenbestand und Guthaben bei KreditinstitutenC. Rechnungsabgrenzungsposten		331.095,08 1.794.823,65 21.199,81	364.956,46 1.154.382,25 68.705,13		J.	ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 70.801,81 (Vorjahr EUR 21.505,99)	70.801,81		21.505,99
	_				6.	Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 152.787,78 (Vorjahr EUR 149.877,13) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 1.892,00 (Vorjahr EUR 44,03) davon aus Steuern EUR 29.320,76 (Vorjahr EUR 28.934,76)	152.787,78	_	149.877,13
				E.	Re	echnungsabgrenzungsposten		639,391,85 473,730,00	529.081,92 424.648,42
	_	22.727.857,78	22.652.736,67				-	22.727.857,78	22.652.736,67

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, Landau in der Pfalz Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017

		201 [°] EUF	2016 EUR	
1.	Umsatzerlöse	3.129.551,29		3.089.053,39
2.	Sonstige betriebliche Erträge	273.683,10		260.338,24
			3.403.234,39	3.349.391,63
3.	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Warenb) Aufwendungen für bezogene	-1.076.043,94		-1.101.359,95
	Leistungen	-313.088,52	_	-373.540,02
	-		-1.389.132,46	-1.474.899,97
4.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	-2.048.000,48		-1.980.108,38
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-639.327,30		-617.657,87
	davon für Altersversorgung EUR 231.573,61 (Vorjahr EUR 224.323,34)		_	
	,		-2.687.327,78	-2.597.766,25
5.	Abschreibungen			
	auf immaterielle Vermögensgegenstände des			
	Anlagevermögens und Sachanlagen	-966.411,94	_	<u>-943.455,91</u>
		_	-966.411,94	-943.455,91
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	_	<u>-854.904,10</u>	<u>-936.326,30</u>
_			-2.494.541,89	-2,603,056,80
7.	Erträge aus Beteiligungen	2.450.000,00		2.146.200,00
	davon aus verbundenen Unternehmen EUR 2.450.000,00 (Vorjahr EUR 2.146.200,00)			
8.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0 890 74		2 974 44
	davon aus verbundenen Unternehmen EUR 9.889,74 (Vorjahr EUR 2.871,14)	9.889,74		2.871,14
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00		0,01
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.189,63	_	0,00
		••	2.457.700,11	2.149.071,15
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_	-11.250,00	<u>-6.916,21</u>
	Ergebnis nach Steuern		<u>-48.091,78</u>	-460.901,86
	Sonstige Steuern	_	<u>-81.593,57</u>	-104.360,03
14.	Jahresfehlbetrag	=	-129.685,35	<u>-565.261,89</u>



Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

Anhang für das Geschäftsjahr 2017

1 <u>Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung</u>

Die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH hat ihren Sitz in Landau in der Pfalz und ist beim Amtsgericht Landau in der Pfalz (Handelsregister B) unter der Handelsregisternummer HRB 2370 gemeldet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG). Außerdem waren nach § 12 des Gesellschaftsvertrages auch die darüber hinausgehenden Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung Rheinland-Pfalz vom 5. Oktober 1999 zu beachten, welche die Besonderheiten kommunaler Unternehmen berücksichtigen.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

2 <u>Erläuterungen zu den Posten von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung</u>

2.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet worden.

Den linear vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen liegen die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer sowie die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde. Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Wert von 150,00 EUR werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben, Neuzugänge mit einem Wert zwischen 150,00 und 1.000,00 EUR wurden in einen Abschreibungspool gestellt und werden über 5 Jahre gleichmäßig abgeschrieben. Die Abschreibungen auf alle weiteren Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen zeitanteilig.

Die Gesellschaft ist mit 49 % an der EnergieSüdwest AG, Landau in der Pfalz beteiligt. Die Bewertung erfolgte mit dem Buchwert des Reinvermögens der aus der Gesellschaft zum 1. Januar 1999 zur Gründung der EnergieSüdwest AG ausgegliederten Versorgungssparten.

Im Jahr 2009 wurde die Gasversorgungssparte aus der EnergieSüdwest AG ausgegliedert und als eigenständiges Unternehmen - ESW GasVertrieb GmbH – weitergeführt. Die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH erwarb 90 % der Anteile an dem neuen Unternehmen. Im Berichtsjahr 2012 wurde die Rückverschmelzung des Gasvertriebs auf die ESW AG vorgenommen, nachdem die Stadtholding 45,56 % ihres Anteilspaketes veräußert hatte. Die im Vermögen der Stadtholding verbliebenen Anteile – nunmehr 49 % - sind zu ihren Anschaffungskosten bewertet.

Die von der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH im Juli 2003 gegründete Tochtergesellschaft SH-Service GmbH wurde mit ihrem Stammkapital in Höhe von 25.000 EUR angesetzt, weiterhin die im Jahr 2009 gegründete Tochtergesellschaft SH-Jugend & Soziales gGmbH mit ihrem Stammkapital von 25.000,00 EUR sowie weiteren Anschaffungskosten von 549,27 EUR, also insgesamt 25.549,27 EUR.

Die Vorräte und Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen oder den niedrigeren Einkaufspreisen bewertet worden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden unter Berücksichtigung des erkennbaren Ausfallrisikos bewertet. Wertberichtigungen waren nicht vorzunehmen.

Bei den übrigen Rückstellungen wurden im Rahmen der Bewertung nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung alle erkennbaren Risiken für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste berücksichtigt. Die Bewertung erfolgte zum Erfüllungsbetrag.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

2.2 Angaben zu Posten der Bilanz

Gliederung und Entwicklung des Anlagevermögens ergeben sich aus dem Anlagennachweis, der als Anlage beigefügt ist.

Angaben nach § 285 Nr. 11 HGB:

Beteiligungsgesellschaft	Sitz	Anteil	Eigenkapital in EUR	Ergebnis des Ge- schäftsjahres in EUR
EnergieSüdwest AG	Landau	49 %	60.762.052,62 *)	5.305.943,40 *)
SH-Service GmbH	Landau	100 %	25.000,00 *)	0,00 **)
SH-Jugend & Soziales gGmbH	Landau	100 %	25.000,00 *)	0,00

^{*)} Stand 31.12.2017

Vorräte

Das Vorratsvermögen in Höhe von TEUR 22 setzt sich aus Waren des Shops im Freizeitbad LA OLA, des Bewirtungsbetriebs in der Jugendstil-Festhalle Landau sowie aus sonstigen RHB zusammen.

^{**)} nach Ergebnisübernahme gemäß Ergebnisabführungsvertrag



Forderungen

Für die Forderungen bestehen folgende Restlaufzeiten:

Forderungsspiegel

Torderungsspieger	Gesamt	bis 1 Jahr	über 1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Forderungen aus Lie- ferungen und Leistungen	118.155,90	118.155,90		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	45.950,00	45.950,00		
Sonstige Vermögensgegenstände	1.277.449,27	1.277.449,27	0,00	0,00
	1.441.555,17	1.441.555,17	0,00	0,00

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen waren weder Einzelwertberichtigungen noch pauschale Wertberichtigungen vorzunehmen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen Managementleistungen, die für die Tochtergesellschaft SH-Jugend & Soziales gGmbH erbracht wurden.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen die Steuerforderungen (Kapitalertrag-/Zinsabschlagsteuer sowie Solidaritätszuschlag) für die Jahre 2016 in Höhe von TEUR 566 und 2017 in Höhe von TEUR 646 ausgewiesen. Weiterhin sind hier geleistete Anzahlungen von TEUR 15 und Vorsteuer im Folgejahr abziehbar in Höhe von TEUR 35 enthalten.

Eigenkapital

	Stand 01.01.2017 EUR	Zugang EUR	Entnahme EUR	Stand 31.12.2017 EUR
Stammkapital	10.226.000,00	0,00	0,00	10.226.000,00
Kapitalrücklage	969.317,36	0,00	0,00	969.317,36
Gewinnrücklage	5.015.726,05	0,00	0,00	5.015.726,05
Gewinn-/Verlustvortra	3.365.076,63	-565.261,89	0,00	2.799.814,74
Jahresergebnis	-565.261,89	-129.685,35	-565.261,89	-129.685,35
	19.010.858,15	-694.947,24	-565.261,89	18.881.172,80



Empfangene Zuschüsse

Es handelt sich um Investitionszuschüsse für das Landauer Freibad und für die städtische Kindertagesstätte "Wilde 13" sowie für die Lüftungsanlage im Freizeitbad LA OLA, welche kontinuierlich über die jeweiligen Nutzungsdauern aufgelöst werden.

Das Freibad war - nach einer von der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH durchgeführten Komplettsanierung - zur Badesaison 2008 wieder eröffnet worden. Dieses Vorhaben war mit insgesamt 40 % der zuwendungsfähigen Kosten bezuschusst worden.

Die Komplettsanierung der Kindertagesstätte "Wilde 13" in der Cornichonstraße 14 in Landau in der Pfalz wurde zum 1. März 2013 abgeschlossen und gemäß dem Bescheid des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung vom 5. Dezember 2011 mit TEUR 692 bezuschusst.

Der im Dezember 2016 in Betrieb genommene erste Bauabschnitt einer neuen Lüftungsanlage im Freizeitbad LA OLA wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit mit einem Betrag in Höhe von TEUR 67 bezuschusst.

Der Ende 2017 in Betrieb genommene zweite Bauabschnitt der Lüftungsanlage wurde mit TEUR 65 bezuschusst.

Rückstellungen

	Stand 01.01.2017	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Umbuchung	Stand 31.12.2017
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Steuern	8.725,00	0,00	0,00	11.250,00	5.000,00	24.975,00
Sonstige	1.091.544,32	288.223,44	14.465,36	366.008,00	-5.000,00	1.159.863,52
-	1.100.269,32	288.223,44	14.465,36	377.258,00	0,00	1.174.838,52

Die Steuerrückstellung beinhalten die Ertragsteuern, die als Auswirkung der neu gefassten §§ 4 (6) und 8 (7) bis (10) KStG in der Sparte Vermietung und Verpachtung sowie in der Sparte Management-Dienstleistungen voraussichtlich anfallen werden.

In den sonstigen Rückstellungen befindet sich als größter Posten die mittelbare Versorgungsverpflichtung für die der Stadtholding wirtschaftlich zuzuordnenden Beamten mit 735 TEUR. Die unmittelbare Versorgungsverpflichtung befindet sich indes bei der Gesellschafterin Stadt Landau in der Pfalz, die als Dienstherr die Pensionsrückstellung in ihrer eigenen Bilanz abbildet, im Gegenzug aber eine Forderung gegenüber der Stadtholding für die hier beschäftigten Beamten ausweist. Insofern wurde der abgezinste Erfüllungsbetrag dargestellt, jedoch auf eine Aufteilung in einen Gehalts- und Zinsanteil verzichtet.

Die wesentlichen sonstigen Rückstellungen betreffen rückständigen Urlaub und Überstunden (254 TEUR), ausstehende Rechnungen des Berichtsjahres (100 TEUR), sowie eventuell erwachsende Steuerverpflichtungen aus einer laufenden Betriebsprüfung (23 TEUR).

Weitere Rückstellungen wurden für Jahresabschlussprüfung und Steuererklärungen sowie für Archivierung und künftige Betriebsprüfungen gebildet.

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeitsspiegel

	2017			2016		
·	Gesamt	bis 1 Jahr	über 1 bis	mehr als	Gesamt	bis 1 Jahr
			zu 5 Jahren	5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Erhaltene Anzahlungen						
auf Bestellungen	12.702,00	12.702,00	0,00	0,00	710,00	710,00
Verbindlichkeiten aus Lie-						
ferungen und Leistungen *)	268.355,92	268.355,92	0,00	0,00	329.481,98	329.481,98
Verbindlichkeiten gegenüber						
verbundenen Unternehmen	27.716,73	27.716,73	0,00	0,00	27.506,82	27.506,82
Verbindlichkeiten gegenüber						
Unternehmen, mit denen ein						
Beteiligungsverhältnis besteht	70.801,81	70.801,81	0,00	0,00	21.505,99	21.505,99
Verbindlichkeiten gegenüber	107.027,61	107.027,61	0,00	0,00	0,00	0,00
dem Gesellschafter	•	·				
Sonstige Verbindlichkeiten	152.787,78	152.787,78	0,00	0,00	149.877,13	149.877,13
davon aus Steuern	(29.329,76)	(29.329,76)	(0,00)	(0,00)	(28.934,77)	(28.934,77)
davon aus sozialer Sicherheit	(1.892,00)	(1.892,00)	(0,00)	(0,00)	(44,03)	(44,03)
	639.391,85	639.391,85	0,00	0,00	529.081,92	529.081,92

^{*)} Es bestehen die branchenüblichen Eigentumsvorbehalte

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beziehen sich auf die Tochterfirma SH-Service GmbH. Es handelt sich um Lieferungen und Leistungen (im Wesentlichen Dienstleistungen der Monate November/Dezember 2017).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen die EnergieSüdwest AG und resultieren aus Lieferungen und Leistungen. Guthaben aus Jahresverbrauchsabrechnungen wurde gegengerechnet.

Die Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter betreffen die Stadt Landau in der Pfalz und entfallen im Wesentlichen auf die Umsatzsteuer für das Berichtsjahr mit einer Verbindlichkeit von insgesamt TEUR 43, da die Stadt Landau in der Pfalz umsatzsteuerliche Organträgerin ist. Daneben bestehen noch Verbindlichkeiten aus Dienstleistungsverträgen und Verwaltungskostenerstattungen, Gebühren des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau (AöR) sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber dem städtischen Eigenbetrieb Gebäudemanagement Landau. Gegengerechnet wurden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (vornehmlich aus dem Veranstaltungsbereich).

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten als Hauptposten im Umlauf befindliche Wertgutscheine aus dem Kassensystem des Freizeitbades La Ola in Höhe von TEUR 51, Wertgutscheine des Web-Shops in Höhe von 26 TEUR, erhaltene Kautionen in Höhe von 37 TEUR, sowie Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 29.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft im Wesentlichen Gutscheinverkäufe im Freizeitbad La Ola (TEUR 417) und im Freibad (TEUR 10).

Für sich noch im Umlauf befindliche Gutscheinpakete des Freizeitbades LA OLA (hauptsächlich Wellnessdays), wurden in diesem Posten TEUR 40 berücksichtigt.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Es wurden keine Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen zu nicht marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Unternehmensverträge

Zwischen der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH und der SH-Service GmbH, Landau in der Pfalz, besteht mit Wirkung ab dem 8. November 2004 ein Ergebnisabführungsvertrag, wonach sich die SH-Service GmbH verpflichtet, ihren gesamten Gewinn an die Stadtholding abzuführen. Gleichzeitig verpflichtet sich die Stadtholding, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag vollständig auszugleichen. Er ist auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann von beiden Vertragspartnern unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Ende eines jeden Geschäftsjahres gekündigt werden.

2.3 Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgliederung der Umsatzerlöse im Einzelnen:

	2017	2016
	rd. EUR	rd. EUR
Verwaltung	140.764	135.326
Freizeitbad	1.713.893	1.794.598
Freizeitbad, sonstige Umsätze	93.121	92.610
Freibad Am Prießnitzweg	125.483	123.537
Industriegleis	0	8.110
Betriebsführung (Festhalle)	716.096	634.981
Betriebsführung (Altes Kaufhaus)	128.350	103.454
Betriebsführung (Messe Landau)	69.384	52.989
Vermietung + Verpachtung	142.459	143.448
	3.129.551	3.089.053

Freizeitbad Mengen- und Tarifstatistik

Mengen- und Tarifstatistik	2017	2016
	2017	2010
	rd. An	zahl
Besucher	<u>280.998</u>	<u>278.237</u>
	rd. E	UR
Umsatzerlöse	<u>1.713.893</u>	<u>1.794.598</u>
	EUR/Bes	ucher
Durchschnittserlöse	<u>6,10</u>	<u>6,45</u>

Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten ist ein Betrag in Höhe von 100 TEUR aus der mit Wirkung zum 01.01.2017 gefassten Zuschussvereinbarung für die Veranstaltungshäuser Jugendstil-Festhalle Landau und Kulturzentrum "Altes Kaufhaus" enthalten. Außerdem sind hier Versicherungsentschädigungen in Höhe von 11 TEUR und periodenfremde Erträge in Höhe von 14 TEUR verbucht. Weitere hier abgebildete Posten betreffen die Auflösung von passivierten Investitionszuschüssen (Freibad: 70 TEUR / KiTa Wilde 13: 21 TEUR / Freizeitbad LA OLA: 4 TEUR) sowie letztmalig ein Betrag in Höhe von 51 TEUR aus der im Jahr 2002 gefassten und im Jahr 2010 novellierten "Zuzahlungsvereinbarung".

Personalaufwand

	2017 EUR	2016 EUR
Löhne und Gehälter	2.048.000,48	1.980.108,38
Soziale Abgaben	385.377,55	372.734,68
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	253.949,75	244.923,19
	2.687.327,78	2.597.766,25

Entwicklung des Personalstandes (nach Kopfzahlen)

Im Jahresdurchschnitt waren 56,00 Arbeitnehmer beschäftigt.

	Stand 01.01.2017	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2017
Beschäftigte	57	9	12	54
Auszubildende	8	5	5	8
	65	14	17	62

Außerdem sind zwei Geschäftsführer beschäftigt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Dieser Posten enthält u.a. Mieten und Pachten, Entsorgungsgebühren, Werbe- und Inseratkosten, Versicherungen, Fortbildungen und Reisekosten, Verwaltungs- und Dienstleistungskosten sowie Prüfungs- und Beratungskosten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Posten enthält Ertragsteuern in Höhe von 11 TEUR aus, die als Auswirkung der neu gefassten §§ 4 (6) und 8 (7) bis (10) KStG in der Sparte Vermietung und Verpachtung sowie in der Sparte Management-Dienstleistungen voraussichtlich anfallen werden.

Sonstige Angaben

Bei der Bayerischen Versorgungskammer, Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden, mit Sitz in München, besteht für die Mitarbeiter eine Zusatzversorgung im Rentenfall. Der Umlagesatz betrug im Jahr 2017 unverändert 3,75 % zuzüglich 4,0 % Zusatzbeitrag des zusatzversorgungspflichtigen Einkommens. Die Summe der umlagepflichtigen Einkommen betrug im Jahr 2017 TEUR 1.833.

Im Jahr 2014 wurden erstmalig Beträge in Lebensarbeitszeitkonten im Sinne der §§ 7b SGB IV ff. einbezahlt. Die Abwicklung der Lebensarbeitszeitkonten wurde auf einen externen Dienstleister ausgelagert, der die Guthaben verwaltet, gleichzeitig den gesetzlichen Insolvenzschutz gewährleistet und durch die abgeschlossene Rückdeckungsversicherung für den einbezahlten Betrag garantiert. Der Wert dieser durch eine Betriebsvereinbarung geregelten Ansparguthaben beläuft sich zum Bilanzstichtag für alle teilnehmenden Mitarbeiter auf TEUR 104, gleichzeitig ist der Wert der Rückdeckungsversicherung in eben dieser Höhe als Forderung verbucht. Gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB wurde eine Verrechnung der Forderungen und Verbindlichkeiten vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im November 2016 wurde ein BHKW-Pachtvertrag unterzeichnet, mit einer Grundlaufzeit von 10 Jahren und einem jährlichen Pachtentgelt von 20 TEUR.

Gleichzeitig wurde ein Betreuungs- und Betriebsführungsvertrag für das BHKW abgeschlossen, mit einer jährlichen Grundvergütung von 5 TEUR sowie einer variablen Leistungsvergütung, dessen Laufzeiten an die des o. a. Pachtvertrages gekoppelt sind.

3 Angaben zum Jahresergebnis

Über die Behandlung des Jahresverlustes 2017 hat der Gesellschafter noch zu beschließen. Die Geschäftsführung schlägt eine Verrechnung mit dem bestehenden Gewinnvortrag vor.

4 Ergänzende Angaben

Abschlussprüfer

Das für das Geschäftsjahr berechnete Honorar des Abschlussprüfers beträgt TEUR 9.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres sind nicht angefallen.

Zusammensetzung der Organe und Organbezüge

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH war im Berichtsjahr wie folgt besetzt:

►ab Jahresbeginn 2017:

Prof. Dr. Hannes Kopf (Vorsitzender), Jurist Peter Lerch (stellv. Vorsitzender), Diplom-Verwaltungswirt (FH)

Jürgen Doll, Vollstreckungsbeamter
Ralf Eggers, Diplom-Sportwissenschaftler
Lukas Hartmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Andrea Heß, Betriebswirtin (HWK)
Prof. Peter Leiner, Hochschullehrer
Bernhard Löffel, Unternehmer
Günter Scharhag, Rentner
Horst Schwarz, Elektromeister
Aydin Tas, Versicherungsfachmann
Hans Volkhardt, Werkleiter
Jakob Wagner, Student

► ab 5. September 2017:

Prof. Dr. Hannes Kopf (Vorsitzender), Jurist Peter Lerch (stellv. Vorsitzender), Diplom-Verwaltungswirt (FH)

Dr. Hans-Jürgen Blinn, Beamter
Jürgen Doll, Vollstreckungsbeamter
Ralf Eggers, Diplom-Sportwissenschaftler
Lukas Hartmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Andrea Heß, Betriebswirtin (HWK)
Susanne Höhlinger, Unternehmerin
Prof. Peter Leiner, Hochschullehrer
Bernhard Löffel, Unternehmer
Aydin Tas, Versicherungsfachmann
Hans Volkhardt, Werkleiter
Jakob Wagner, Student

Es wurden 1.470,00 EUR an Sitzungsgeldern für den Aufsichtsrat gewährt.

Geschäftsführer sind Herr Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Thomas Hirsch und Herr Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Martin Messemer.

Von der Vorschrift des § 286 Abs. #HGB wird Gebrauch gemacht.

Landau in der Pfalz, 7. Mai 2018

Die Geschäftsführung

Thomas Hirsch

Martin Messemer

Anlagevermögen gesamt

Anlagennachweis der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH für das Geschäffsjahr 2017

Posten d Anlanevermönens		Anschaffun	Anschaffungs- und Herstellungskosten	skosten			Abschrei	Abschreibungen/Wertberichtigungen	chtigungen			Restbuchwerte	erte	Kennzahlen	Ę
Color C. Allagovorinogorio	Anfancetand	Zudande	Abnänne	Implichingen	Endstand	Anfanosstand	Abschrei-	Zu-	Umbuchungen	angesammelte	Endstand	31.12.2017	31.12.2016		Durch
	Alleangostania	2009ai 1904	p p p p p p p p p p p p p p p p p p p					uageu		Abschrei- bungen auf Abgänge				schnittl. Abschrei- F bungssatz	schnittl. Restbuch- wert
										į	9	9	9	2	17
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUK	EUK.	FU.	בַּבַּ	Y .	46	16
	2	3	4	5	9	7	œ	6	10	1	12	2	14	2	•
Anlagevermögen											•				
l. Immaterielle Vermögensgegenstände					•										
Enigeliich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie															
Lizenzen an sokulen Rechten und Werten	126.176,15	5.471,00	4.111,00	00'0	127.536,15	82.279,60	15.852,13	00'0	00'0	4.111,00	94.020,73	33.515,42	43.896,55	12,43	26,28
Summe	126.176,15	5.471,00	4.111,00	00'0	127.536,15	82.279,60	15.852,13	00'0	00'0	4.111,00	94.020,73	33.515,42	43.896,55	12,43	26,28
II. Sachanlagen															
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechle und Baulen	15.775.718,68	8.399,37	00'0	00°0	15.784.118,05	10.439.843,72	497.326,04	00'0	00'0	00'0	10.937.169,76	4.846.948,29	5.335.874,96	3,15	30,71
 Gleisanlagen, Streckenaus- rüstung und Sicherheitsanlagen 	664.596,62	00'0	00'0	00'0	664.596,62	664.596,62	00'0	00'0	00'0	00'0	664.596,62	00'0	00'0		
3. Technische Anlagen und Maschinen	4.772.079,33	4.810,01	37.105,83	339.162,47	5.078.945,98	1.760.511,06	302.949,23	00'0	00'0	28.732,05	2.034.728,24	3.044.217,74	3.011.568,27	5,96	59,94
4. Bauten auf fremden Grundstücken	104.894,29	00'0	00'0	00'0	104.894,29	90.688,15	2.055,60	00'0	00'0	00'0	92.743,75	12.150,54	14.206,14	1,96	11,58
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.888.104,70	99.127,90	34.926,09	00'0	1.952,306,51	1.287.692,95	148.228,94	00'0	00'0	34.926,09	1.400.995,80	551.310,71	600.411,75	7,59	28,24
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	00'0	339.162,47	00'0	-339.162,47	00'0	00'0	00,0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0		
Surrine	23.205.393,62	451.499,75	72.031,92	00'0	23.584.861,45	14.243.332,50	950.559,81	00'0	00'0	63.658,14	15.130.234,17	8.454.627,28	8.962.061,12	4,03	35,85
III. Finanzanlagen															
Anteile an verbundenen Unternehmen Beteiligungen	50.549,27 12.373.142,35	00'0	00'0	00'0 00'0	50.549,27 12.373.142,35	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	50.549,27 12.373.142,35	50.549,27 12.373.142,35	00'0	100,00
Sume	12.423.691,62	00'0	00'0	00'0	12.423.691,62	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	12.423.691,62	12.423.691,62	00'0	100,00
												i			ļ
Gesamtsumme	35.755.261,39	456.970,75	76.142,92	00'0	36.136.089,22	14.325.612,10	966.411,94	00'0	00'0	67.769,14	15.224.254,90	20.911.834,32	21.429.649,29	2,67	21,87

Anlage 3 Seite 11

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Grundlagen des Unternehmens

Als Betriebs- und Beteiligungsgesellschaft der Stadt Landau in der Pfalz hält die Stadtholding Landau der Pfalz GmbH 49 % an dem Versorgungsunternehmen EnergieSüdwest AG. Die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH ist operativ für den Betrieb des Freizeitbades LA OLA, des Freibades am Prießnitzweg, der Jugendstil-Festhalle, des Kulturzentrums Altes Kaufhaus, des Messegeländes und des städtischen Industriegleises zuständig. Die SH-Service GmbH (SHS) erbringt als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH Servicedienstleistungen für die Veranstaltungshäuser und Bäderbetriebe (Freizeitbad LA OLA / Freibad am Prießnitzweg). Im Jahr 2009 wurde die SH-Jugend & Soziales gGmbH (SJS) als weitere hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH gegründet. Aufgabe der Gesellschaft ist die Förderung gemeinnütziger Zwecke, insbesondere die Förderung der Erziehung und der Jugendhilfe soweit es sich nicht um eine Aufgabe handelt, die im Zuständigkeitsbereich eines Hoheitsträgers liegt. Die Gesellschaft betreibt seit dem 1. Januar 2010 auf dem Gebiet der Stadt Landau in der Pfalz die erste Kindertagesstätte in kommunaler Trägerschaft im Haus Villa Mahla. Die Kindertagesstätte "Wilde 13" wurde am 15. März 2013 als zweite Einrichtung in kommunaler Trägerschaft in Betrieb genommen. Im Vorfeld wurde von der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH in der Cornichonstraße ein ehemaliges Kasernengebäude umfangreich saniert und seit der Eröffnung an die Stadt Landau in der Pfalz vermietet. Am 1. August 2017 wurde die dritte Kindertagesstätte "Stadtpiraten" am Nordring 6 eröffnet.

Mit Datum vom 16. Dezember 2014 hat der Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz öffentliche Betrauungsakte für die Sparten Betriebsführungen / Betriebspachten und Bäder sowie für die SH-Jugend & Soziales gGmbH beschlossen. Vorangegangen war eine ausführliche Prüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, um eine EU-Beihilfekonformität sicherzustellen.

Das bei der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH im Einsatz befindliche Qualitätsmanagement-System nach ISO 9001:2008 ist durch den TÜV Rheinland zertifiziert. Neben der Qualitätssicherung der angebotenen Dienstleistungen gehört auch eine rechtssichere und effiziente Gestaltung der Prozesse zu den Zielen des Qualitätsmanagements. Die ständige Weiterentwicklung im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses wird durch eine regelmäßige Auditierung sichergestellt.

Diesem Jahresabschluss ist der 8. Nachhaltigkeitsbericht der Gesellschaft beigefügt. Mit diesem Bericht möchte die Geschäftsführung über die grundlegenden Positionen des Unternehmens in den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales und über die Maßnahmen zum betrieblichen Nachhaltigkeitsmanagement informieren.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Jahresfehlbetrag von 129 T€ (Vj.:- 565 T€) erwirtschaftet. In das Ergebnis eingeflossen sind Erträge aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG in Höhe von insgesamt 2.450 T€ (Vj.: 2.146 T€).

Insgesamt 280.998 Gäste (Vj.: 278.237) besuchten im Berichtszeitraum das **Freizeitbad LA OLA**. Daraus resultieren Umsatzerlöse in Höhe von 1.807 T€ (Vj.: 1.887 T€). Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 13 T€ (Vj.: 2 T€) belaufen sich die Gesamteinnahmen auf 1.820 T€ (Vj.: 1.889 T€). Den verminderten Einnahmen stehen insgesamt aber auch geringere Aufwendungen gegenüber. So reduzierten sich die Materialaufwendungen in Höhe von 968 T€ im Jahr 2016 auf insgesamt 918 T€ im Jahr 2017 und die sonstigen betrieb-



lichen Aufwendungen von 318 T€ im Jahr 2016 auf 266 T€ im Berichtszeitraum. Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 6 T€ auf insgesamt 1.247 T€ (Vj.: 1.241 T€) und die Abschreibungen um 23 T€ auf insgesamt 593 T€ (Vj.: 570 T€). Die Sparte schließt im Vergleich zum Vorjahr mit einem 12 T€ geringerem Defizit ab, dass sich nunmehr auf 1.600 T€ (Vj.: - 1.612 T€) beläuft.

Das **Freibad am Prießnitzweg** wurde in der Badesaison 2017 von insgesamt 66.369 Badegeästen (Vj.: 66.131) besucht. Im Geschäftsjahr 2017 haben sich dementsprechend die Umsatzerlöse um 2 T€ auf insgesamt 125 T€ (Vj.: 123 T€) erhöht. Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge erzielte das Freibad am Prießnitzweg Gesamteinnahmen in Höhe von 196 T€ (Vj.: 193 T€). Die Materialaufwendungen erhöhten sich im Berichtszeitraum auf 110 T€ (Vj.: 105 T€). Die Abschreibungen liegen wie im Vorjahr bei 194 T€, die sonstigen betrieblichen Ausgaben bei 27 T€. Die Personalaufwendungen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um knapp 5 T€ auf insgesamt 65 T€ (Vj.: 70 T€). Die Sparte schließt mit einem Defizit in Höhe von 246 T€ (Vj.: -233 T€) ab.

Die **Jugendstil-Festhalle** konnte im Jahr 2017 insgesamt 282 (Vj.: 334) Veranstaltungen verzeichnen, die Umsatzerlöse erhöhten sich um 81 T€ auf insgesamt 716 T€ (Vj.: 635 T€). Die Zahlen führen vor Augen, dass sich nicht die Anzahl der Veranstaltungen, sondern vielmehr die vom Kunden beauftragte Servicequalität auf die zu erzielenden Einnahmen auswirkt. Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge, die erstmalig auch einen Zuschuss der Muttergesellschaft in Höhe von 80 T€ beinhalten, konnten in 2017 Gesamteinnahmen in Höhe von 800 T€ (Vj.: 666 T€) erwirtschaftet werden. Parallel dazu erhöhten sich die Personalaufwendungen um 58 T€ auf insgesamt 705 T€ (Vj.: 647 T€) und die betrieblichen Aufwendungen um 19 T€ auf insgesamt 211 T€ (Vj.: 192 T€). Der Materialaufwand konnte im Vergleich zum Vorjahr um 14 T€ auf insgesamt 300 T€ (Vj.: 314 T€) reduziert werden. Insgesamt schließt die Jugendstil-Festhalle das Geschäftsjahr mit einem Jahresverlust von 725 T€ (Vj.: - 852 T€) ab.

Die Auslastung des **Kulturzentrums Altes Kaufhaus** mit 137 Veranstaltungen lag mit 10 Veranstaltungen über dem Vorjahresniveau mit 127 Buchungen. Die Umsatzerlöse einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 45 T€ auf insgesamt 148 T€ (Vj.: 103 T€), wobei auch hier erstmalig ein Zuschuss der Muttergesellschaft in Höhe von 20 T€ enthalten ist. Auch hier sind die Personalaufwendungen um 13 T€ auf insgesamt 126 T€ (Vj.: 113 T€) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 4 T€ auf 41 T€ (Vj.: 37 T€) gestiegen. Das Veranstaltungshaus schließt das Berichtsjahr mit einem Defizit nach Steuern und Umlagen in Höhe von 120 T€ (Vj.: - 151 T€) ab.

Die Einnahmen für das städtische **Messegelände** in Höhe von 69 T€ lagen 16 T€ über dem Ergebnis des Vorjahres in Höhe von 53 T€. Die Sparte schließt das Geschäftsjahr mit einem Gewinn in Höhe von 27 T€ (Vj.: Verlust in Höhe von – 15 T€) ab.

Die Sparte Industriegleis weist einen Verlust 15 T€ (Vj.: Gewinn 3 T€) aus.

Die Gesamteinnahmen der Sparte **Vermietung und Verpachtung** im Geschäftsjahr 2017 belaufen sich auf 164 T€ (Vj.: 165 T€). Der Spartengewinn in Höhe von 39 T€ (Vj.: 11 T€) resultiert aus den Einnahmen aus der Vermietung, die über den Aufwendungen für Abschreibungen, den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und der Umlage der Overheadkosten liegen.

Darüber hinaus sind alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Bereich **Stadtmarketing**, die Geschäftsführung des Vereins Stadtmarketing und Stadtentwicklung Landau e.V. sowie die Mitarbeit im Verein Aktive Unternehmer für Landau e.V. (AKU) bei der Stadtholding gebündelt. Die für die Übernahme des Aufgabengebietes bei der Stadtholding anfallenden Kosten werden von der Gesellschafterin erstattet.



Das Bilanzvolumen beläuft sich auf 22.727.857,78 € (Vj.: 22.652.736,67 €). Die Eigenkapitalquote lag somit zum Bilanzstichtag erneut bei überdurchschnittlichen 83,0 % (Vj.: 83,9 %).

Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	2017	2016
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-2.110	-1.524
Cas hflow aus Investitions tätigkeit	2.066	1.497
Cas hflow aus Finanzierungs tätigkeit	10	3
Veränderung Finanzmittelfonds	-34	-24
Finanzmittelfonds am Anfang des Jahres	365	389
Finanzmittelfonds am Ende des Jahres	331	365

2.2 Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaften

2.2.1 SH-Service GmbH

2.2.1.1 Grundlagen des Unternehmens

Die SH-Service GmbH (SHS) erbringt als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH Servicedienstleistungen für kommunale Einrichtungen. Das Unternehmen hat 2004 seinen Geschäftsbetrieb aufgenommen und war seit diesem Zeitpunkt bis zum 30. Juni 2016 Pächterin des Restaurants im Freizeitbad LA OLA, das seit dem 01. Juli 2016 an die sTservice GmbH verpachtet ist. Das Angebotsportfolio konzentriert sich seither auf Servicedienstleistungen für die Veranstaltungshäuser und Bäderbetriebe (Freizeitbad LA OLA / Freibad am Prießnitzweg).

2.2.1.2 Wirtschaftsbericht

Insgesamt liegen die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge der SHS bei 228 T€, die Personalaufwendungen bei 181 T€. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Gewinn in Höhe von 9.889,74 € (Vorjahr 2.871,14 €) ab. Gemäß dem geltenden Ergebnisübernahmevertrag wird dieser Jahresüberschuss von der Muttergesellschaft Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH vereinnahmt.

2.2.2 SH-Jugend & Soziales gGmbH

2.2.2.1 Grundlagen des Unternehmens

Die SH-Jugend & Soziales gemeinnützige GmbH (SJS) wurde am 25. Mai 2009 als 100 %ige Tochtergesellschaft der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH gegründet. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung gemeinnütziger Zwecke, insbesondere die Förderung der Erziehung und Leistungen der Jugendhilfe soweit es sich nicht um eine Aufgabe handelt, die im Zuständigkeitsbereich eines Hoheitsträgers liegt.

Die Gesellschaft betreibt seit dem 15. Januar 2010 auf dem Gebiet der Stadt Landau in der Pfalz die erste Kindertagesstätte in kommunaler Trägerschaft (Kindertagesstätte "Villa Mahla"). Die Kindertagesstätte "Wilde 13" wurde am 15. März 2013 als zweite Kindertagesstätte in kommunaler Trägerschaft in Betrieb genommen. Am 1. August 2017 wurde die dritte Kindertagesstätte "Stadtpiraten" am Nordring 6 eröffnet.

Die Gesellschaft ist als gemeinnützige GmbH nicht primär auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die durch den Betrieb der Einrichtungen auftretenden Defizite im Jahresergebnis, die nicht durch



Landeszuschüsse und sonstige Einnahmen gedeckt werden können, übernimmt die Stadt Landau in der Pfalz aufgrund vertraglicher Vereinbarungen.

Aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Strukturen der Muttergesellschaft ist eine Führung der SJS unter angemessener Aufsicht und Kontrolle der Stadt Landau in der Pfalz gewährleistet. Dies wird sichergestellt, indem alle Punkte, die von der Gesellschafterversammlung der SJS zu entscheiden sind, zuvor dem Aufsichtsrat der Muttergesellschaft zur Beratung vorgelegt werden müssen. Es wurden durch die Neugründung der SJS keine neuen Strukturen geschaffen, vielmehr wird die Ausnutzung der vorhandenen Potenziale optimiert und die bestehende Strukturgestärkt.

Die rechtliche Verselbständigung bietet Vorteile bei der wirtschaftlichen Darstellung der zu erbringenden Leistungen, was vor allem der Schaffung von Transparenz kommunalen Handelns im Sozialbereich dient. Zudem ermöglicht die wirtschaftlich eigenständige Führung der SJS schnelle Reaktionsmöglichkeiten. Overheadleistungen werden durch den im Unternehmensverbund der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH und ihrer Tochtergesellschaften vorhandenen Personalstamm wahrgenommen. Die Leistungen werden auf der Grundlage marktüblicher Entgelte vergütet und verbessern dadurch die Wirtschaftlichkeit im Gesamtgefüge.

Die Stadt Landau in der Pfalz ist Eigentümerin der Gebäude "Villa Mahla" und "Stadtpiraten", die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH Eigentümerin des Gebäudes "Wilde 13". Unterhaltungsmaßnahmen in den Gebäuden und auf den Außenanlagen führt die SJS gemeinsam mit dem Eigenbetrieb Gebäudemanagement der Stadt Landau durch.

Die Kindertagesstätte "Villa Mahla" umfasst insgesamt fünf Gruppen: zwei Krippengruppen, eine altersgemischte Gruppe, eine Regelgruppe und eine geöffnete Gruppe. Insgesamt 77 Kinder von 0 bis 6 Jahren können in der Kindertagesstätte "Villa Mahla" betreut werden. Die Einrichtung war zum Ende des Berichtsjahres fast vollständig belegt.

In der Kindertagesstätte "Wilde 13" stehen acht Gruppen - drei Krippengruppen, drei altersgemischte Gruppen und zwei geöffnete Regelgruppen - mit insgesamt 119 Betreuungsplätzen zur Verfügung. Im Berichtsjahr konnte eine fast vollständige Belegung verzeichnet werden.

In der Kindertagesstätte "Stadtpiraten" können bis zu 44 Kinder in zwei Gruppen betreut werden. Am Bilanzstichtag wurden 31 Kinder betreut.

Seit Januar 2012 werden in der SJS, unabhängig vom Betrieb der Kindertagesstätten, Maßnahmen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) durchgeführt. Diese Stelle erledigt Aufträge des Jugendamtes Landau in der Pfalz objektiv und zeitnah. Sie bearbeitet in einem Zeitraum von 6 bis 8 Wochen komplexe und schwer durchschaubare Fälle, klärt die konkreten Hilfebedarfe und die Mitwirkungsbereitschaft des Klientels, trifft Aussagen zur Hilfeart, den zeitlichen Umfang und der voraussichtlichen Dauer. Die entstehenden Kosten werden durch das Jugendamt der Stadt Landau in der Pfalz über eine Betreuungspauschale vergütet.

Neben diesen familienunterstützenden Maßnahmen wird das Landesprogramm "Kita Plus – Säule 1 Unterstützung von Kitas in förderungswürdigen Gebieten" umgesetzt. Ziel ist die Förderung von Kindern in Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf durch eine niedrigschwellige Unterstützung der Eltern mit Blick auf deren Erziehungsaufgaben. Die Finanzierung der Personalkosten und Sachkosten erfolgt über das Jugendamt der Stadt Landau in der Pfalz mit Zuschüssen des Landes Rheinland-Pfalz.

Seit 1. März 2016 bietet die SJS im Rahmen der Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz auch "Sozialpädagogische Familienhilfen" an. Diese soll durch intensive Betreuung und Begleitung Familien in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen,

der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen behilflich sein und Hilfe zur Selbsthilfe geben.

Die ab dem Geschäftsjahr 2017 angedachte Unterstützung durch eine Familienhebamme, die Eltern und Familien mit Kleinkindern in belastenden Situationen unterstützen und beraten sollte, wurde mangels Nachfrage eingestellt.

2.2.2.2 Wirtschaftsbericht

Die Gesellschaft hat gemäß Kindertagesstättengesetz einen Anspruch auf Bezuschussung der Personalkosten (inkl. Fremdpersonal) in Höhe von rd. 75 %.

Entsprechend der zwischen der SJS und der Stadt Landau in der Pfalz geschlossenen Vereinbarungen werden die Lohn-, Sach- und Overheadkosten für den Bereich der familienunterstützenden Maßnahmen, die Umsetzung des Landesprojektes Kita Plus und für die Sozialpädagogische Familienhilfe über eine Betreuungspauschale von Seiten den Jugendamtes abgedeckt.

Der restliche Teil der Personalkosten sowie die Sachkosten werden, nach Abzug der Einnahmen (Elternbeiträge, Verpflegungsgelder, Spenden etc.), vertragsgemäß von der Stadt Landau übernommen.

Die im Folgenden genannten Werte sind nur bedingt vergleichbar, da mit den "Stadtpiraten" ab August 2017 eine dritte Kindertagesstätte dazugekommen ist.

Der Materialaufwand erhöhte sich von 260 T€ (Jahr 2016) auf insgesamt 297 T€.

Die Aufwendungen im Personalbereich (inkl. Soziale Abgaben) betrugen rd. 2.381 T€ (Vorjahr: 2.009 T€).

Im Jahresdurchschnitt wurden 63 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt (Vorjahr: 57,5). Davon entfielen auf die Kita "Villa Mahla" durchschnittlich 21 Mitarbeiterinnen, auf die Kita "Wilde 13" durchschnittlich 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auf die Kita "Stadtpiraten" durchschnittlich 9 Mitarbeiterinnen. Zum Jahresende waren in der Kita "Villa Mahla" insgesamt 21 Erziehungskräfte, in der Kita "Wilde 13" insgesamt 27 Erziehungskräfte und in der Kita "Stadtpiraten" insgesamt 7 Erziehungskräfte eingesetzt. In der Sparte Kita Plus wurden eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter beschäftigt. In den Sparten familienunterstützende Maßnahmen und Sozialpädagogische Familienhilfe war jeweils eine Mitarbeiterin angestellt.

Der sonstige Aufwand belief sich auf rd. 204 T€ (Vorjahr: 133 T€).

Die Gesellschaft konnte das Geschäftsjahr 2017 mit einem Defizit von rd. 230 T€ (Vorjahr: 165 T€) abschließen, welches von der Stadt Landau in der Pfalz auszugleichen ist.

Die Geschäftsführung wird in Personalunion von den Geschäftsführern der Muttergesellschaft wahrgenommen. Die Steuerung der administrativen Aufgaben und des Dienstbetriebes wird durch einen Betriebsleiter sichergestellt.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Steigende Personalkosten und sich verschärfende gesetzliche Rahmenbedingungen werden auch zukünftig die Unternehmensentwicklung negativ beeinflussen. Darüber hinaus bleibt die Abhängigkeit vom Witterungsverlauf und der Binnenkonjunktur bestehen, ebenso wie die Abhän-

gigkeit vom Dividendenzufluss aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG. Mit der Kündigung der Zuzahlungsvereinbarung zwischen der Enovos Deutschland SE, der EnergieSüdwest AG sowie der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zum 31. Juli 2017 ist der Zufluss von jährlichen Fixbeträgen sowie variablen Zahlungen entfallen. Dementsprechend intensiviert wurde das Beteiligungsmanagement gegenüber der EnergieSüdwest AG, mit dem Ziel der Ergebnissteigerung.

Das Handeln der Stadtholding-Geschäftsführung wird daher weiterhin vorrangig darauf ausgerichtet sein, vorausschauend und nachhaltig zu agieren, Chancen zu nutzen und Risiken durch entsprechende Gegenmaßnahmen bereits im Vorfeld zu minimieren. Vorrangige Zielsetzung der Geschäftsführung ist eine Festigung der Kapitalstruktur. Hierzu zählt beispielsweise eine Kostenoptimierung des laufenden Geschäftsbetriebes. Ebenso gilt es zu prüfen, ob durch die Hinzunahme weiterer Aufgabenfelder positive Impulse für die Ergebnisentwicklung der Gesellschaft erwartet werden könnten.

Der Wirtschaftsplan 2018 geht konservativ und unter Berücksichtigung der vorgenannten Aspekte von einem Jahresergebnis (vor Zuflüssen aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG) von – 2.547 T€ (Vorjahr – 2.881 T€) aus. Bei Einhaltung des Wirtschaftsplans kann auf Grund des Ergebnisses 2017 der EnergieSüdwest AG, das 2018 von der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH vereinnahmt wird, ein positives Jahresergebnis erwartet werden.

3.2 Chancen- und Risikobericht

Seit dem Jahr 2000 ist bei der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH ein Risikomanagement gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) eingeführt.

Die Risikoinventur findet für alle Geschäftsbereiche (Beteiligungen, Freizeitbad LA OLA, Freibad am Prießnitzweg, Jugendstil-Festhalle, Kulturzentrum "Altes Kaufhaus", Messegelände, Industriegleis sowie Vermietung & Verpachtung) jeweils zum Jahresende statt. Eine Zwischenbetrachtung erfolgt jeweils zum 30. Juni eines jeden Jahres. Der Aufsichtsrat wird über die jeweiligen Ergebnisse informiert. Die wesentlichen Geschäftsrisiken können wie folgt zusammengefasst werden:

Auch für das Geschäftsjahr 2018 gilt, dass eine hohe Abhängigkeit von den Ausschüttungen der EnergieSüdwest AG besteht. Es ist mittelfristig von einem Abschmelzen der Gewinnvorträge der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH auszugehen. Trotz einer derzeit soliden Finanzierungssituation der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH kann daher für die Zukunft die Inanspruchnahme von Fremdkapital nicht ausgeschlossen werden.

Die Betriebsprüfung des Finanzamtes im Kalenderjahr 2017 ist noch ergebnisoffen.

Nach wie vor gilt, dass der Konkurrenzdruck für das Freizeitbad LA OLA weiter wachsen wird. Zwar erscheint der Zeitpunkt und Umfang der Erweiterung der Badewelt Sinsheim noch ungewiss (vorgesehen war ein Investitionsvolumen von bis zu 500 Millionen Euro), jedoch ist diese weiterhin als wahrscheinlich einzustufen. Die Planungen für die Therme Bad Dürkheim wurden zwischenzeitlich konkretisiert. Der Baubeginn ist für Frühjahr 2019 geplant. Die Eröffnung soll 2021 erfolgen. Auch die Planungen für ein Ganzjahresbad in Wörth schreiten voran. Konkrete Eröffnungstermine wurden jedoch bisher noch nicht bekannt. Fest steht hingegen bereits, dass die Pfitzenmeier-Gruppe in Neustadt im Frühjahr 2018 mit dem Bau eines so genannten Aqua Domes beginnen wird. Zudem wurde im Aquadrom Hockenheim zum Jahreswechsel eine umfangreiche Sanierung abgeschlossen. Daneben ist anzuführen, dass der mögliche Bau eines Schul- und Trainingsbades durch den Schwimm- und Sportclub e. V. Landau Auswirkungen auf den Betrieb des Freizeitbades LA OLA zeigen kann. Aus diesem Grund wurde eine Untersuchung zur organisatorischen Gestaltung eingeleitet. In nächster Zeit wird außerdem eine neue Grund-



satzdiskussion zur künftigen Ausrichtung des Freizeitbades LA OLA erforderlich, um die knappen Investitionsmittel möglichst zielgerichtet einzusetzen.

Der Bundesgerichtshof konkretisierte in einer Entscheidung vom November 2017 nicht nur die Pflichten der Schwimmbadaufsicht, sondern kehrte bei grob fahrlässigen Pflichtverstößen des Aufsichtspersonals die Beweislast um. Es ist daher nicht auszuschließen, dass diese Entscheidung auch Auswirkungen auf die Attraktivität des Ausbildungsberufes "Fachangestellter für Bäderbetreibe" zeigen wird. Aber auch in anderen Betriebszweigen gilt, dass ein Fachkräftemangel unverändert spürbar ist.

Am 12. Mai 2017 hat der Deutsche Bundestag ein neues Bundesdatenschutzgesetz beschlossen, welches zusammen mit der neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung am 25. Mai 2018 in Kraft treten wird. Mit der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben sind erhebliche organisatorische Anstrengungen verbunden. Gefordert wird die Dokumentation, Analyse und Sicherstellung von Maßnahmen zur Verhinderung des Zugriffs auf personenbezogene Daten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gesellschaft trotz einer sich immer weiter verschärfenden Risikosituation den Eintritt kleiner oder mittlerer Risiken ohne akute Bestandsgefahr verkraften kann. Zukünftig wird aber die grundsätzliche Ausrichtung des Unternehmensauftrags neu überlegt werden müssen.

4. Bericht über Finanzinstrumente

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind die Ausnahme. Entgelte werden überwiegend bar vereinnahmt. Forderungen im unbaren Bereich werden vollständig und zeitnah fakturiert.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über Kreditlinien verschiedener Banken.

Beim Management der Finanzpositionen verfolgt die Gesellschaft eine konservative Risikopolitik.

Landau in der Pfalz, 7. Mai 2018

Thomas Hirsch Geschäftsführer Martin Messemer Geschäftsführer



Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, Landau in der Pfalz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.



Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Mainz, 11. Mai 2018

Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Volksw. Thomas Fichtelberger Wirtschaftsprüfer

Dipl.-Volksw. Michael Laehn Wirtschaftsprüfer



Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Rechtliche Verhältnisse

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde am 16. Dezember 1992 geschlossen und am 25. Dezember 2017 zuletzt geändert.

Handelsregister

Die Gesellschaft ist im Handelsregister von Landau in der Pfalz unter HRB Nr. 2370 eingetragen.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Betrieb des Industriegleises
- der Bau und Betrieb von B\u00e4der-, Sport-, Freizeit- und Wellnesseinrichtungen auf dem Gebiet der Stadt Landau in der Pfalz sowie von sozialen Einrichtungen in Landau soweit sie nicht in den hoheitlichen Bereich fallen
- der Betrieb der Festhalle der Stadt Landau, des Kulturzentrums "Altes Kaufhaus" und des städtischen Messegeländes
- das Verkehrswesen, insbesondere in Form des Betriebs des öffentlichen Nahverkehrs, im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten
- der Abschluss und die Durchführung von Betriebsführungsverträgen im Rahmen der hier aufgeführten Tätigkeiten
- das Halten von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, die sich mit den hier aufgeführten Tätigkeiten beschäftigen sowie die Beteiligung an der EnergieSüdwest AG
- die F\u00f6rderung, der Erwerb und Betrieb von Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien
- die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des Stadtmarkteting

Sitz

Landau in der Pfalz

Geschäftsjahr

Kalenderjahr

Stammkapital

EUR 10.226.000,00

Geschäftsführung

Die Geschäftsführer sind im Anhang angegeben.

Für die Gesellschaft sind zwei einzelvertretungsberechtigte Geschäftsführer bestellt.

Die Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB bzgl. der Geschäfte mit Unternehmen, an denen die Gesellschaft mehrheitlich beteiligt ist, befreit.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat gemäß § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages einen Aufsichtsrat, der aus dreizehn Mitgliedern besteht.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Anhang mit ihrem Namen und Beruf bezeichnet.

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Wirtschaftliche Verhältnisse

Unternehmensverträge

Zwischen der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, Landau in der Pfalz, und der SH-Service GmbH, Landau in der Pfalz, besteht mit Wirkung ab 8. November 2004 ein Ergebnisabführungsvertrag, wonach sich die SH-Service GmbH verpflichtet, ihren gesamten Gewinn an die Stadtholding abzuführen. Gleichzeitig verpflichtet sich die Stadtholding, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag vollständig auszugleichen. Er ist auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann von beiden Vertragspartnern unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Ende eines jeden Geschäftsjahres gekündigt werden.

Wichtige Verträge

Kulturzentrum Altes Kaufhaus

Mit Vertrag vom 10. September 2000 hat die Stadt Landau in der Pfalz das Objekt "Altes Kaufhaus" an die Stadtholding verpachtet. Der Vertrag ist auf eine Laufzeit von drei Jahren geschlossen. Danach verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr, wenn er nicht zwölf Monate zum jeweiligen Laufzeitende gekündigt wird. Der monatliche Pachtzins beträgt EUR 570,00. Darüber hinaus wird ein variabler Pachtzins erhoben, entsprechend der Vereinbarung "Festhalle". Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 wurde der Vertrag dahingehend geändert, dass der Pachtzins 65 % der Erlöse, höchstens jedoch 70 % des nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelten Überschusses aus der Überlassung des Alten Kaufhauses beträgt. Gleichzeitig entfallen in Zukunft die in den Vorjahren von der Stadt Landau in der Pfalz gezahlten Instandhaltungszuschüsse. Die laufende Instandhaltung obliegt dem Pächter bis zu einer Höhe von EUR 10.000,00 p. a. (netto). Mit Wirkung vom 1. Januar 2017 wurde zum Ausgleich de dem Pächter obliegenden Unterhaltsverpflichtung mit Einzelmaßnahmen bis zu TEUR 10 ein pauschaler jährlicher Zuschuss von TEUR 20 vereinbart.

Jugendstil-Festhalle

Mit Vertrag vom 10. September 2000 hat die Stadt Landau in der Pfalz das Objekt "Jugendstil-Festhalle" an die Stadtholding verpachtet. Die Gesellschaft zahlt der Stadt einen Pachtzins in Höhe von monatlich EUR 2.045,17. Darüber hinaus wird ein variabler Pachtzins in Höhe von 12,5 % des nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelten Jahresüberschusses erhoben, jedoch vor festem Pachtzins und vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag. Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 wurde der Vertrag am 7. November 2006 dahingehend geändert, dass der Pachtzins 65 % der Erlöse, höchstens jedoch 70 % des nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelten Überschusses aus der Überlassung der Festhalle beträgt. Gleichzeitig entfallen in Zukunft die in den Vorjahren von der Stadt Landau in der Pfalz gezahlten Instandhaltungszuschüsse. Die laufende Instandhaltung obliegt dem Pächter bis zu einer Höhe von EUR 70.000,00 p. a. (netto), maximal EUR 50.000,00 je Einzelmaßnahme. Mit Wirkung vom 1. Januar 2017 wurde zum Ausgleich de dem Pächter obliegenden Unterhaltsverpflichtung mit Einzelmaßnahmen bis zu TEUR 30 ein pauschaler jährlicher Zuschuss von TEUR 80 vereinbart.

Messegelände

Mit Vertrag vom 1. März 2002 hat die Stadt Landau in der Pfalz das Objekt "Messegelände" an die Stadtholding verpachtet. Der Betriebspacht- und -führungsvertrag wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2016 neu gestaltet. Er ist auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Die Gesellschaft zahlt in den Jahren, in denen die Landauer Wirtschaftswoche stattfindet, eine jährliche Pacht in Höhe von EUR 6.500,00.



Serviceleistungen in der Jugendstil-Festhalle und dem Alten Kaufhaus

Mit Vertrag vom 29. Dezember 2003 hat die Gesellschaft folgende Leistungen, die Jugendstil-Festhalle und das Alte Kaufhaus betreffend, mit Wirkung vom 1. Januar 2004 an die SH-Service GmbH vergeben:

- Reinigungsleistungen
- Gastronomie- und Garderobenservice
 - Veranstaltungsbetreuung
 - Hilfskräfte
- Fachkräfte
- Aufsichtsdienste

Zwischen den Vertragsparteien wurde ein aufwandsabhängiges Honorar vereinbart. Die Laufzeit beträgt ein Jahr und verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn der Vertrag nicht bis zum 30. September mit Wirkung zum 31. Dezember desselben Jahres gekündigt wird.

Technische Dienstleistungen im Freizeitbad LA OLA

Mit Vereinbarung vom 31. Januar 2005 hat die Gesellschaft die EnergieSüdwest AG mit der Erbringung von technischen Dienstleistungen für das Freizeitbad LA OLA beauftragt. Es wurde eine Leistungserbringung auf Abruf vereinbart. Dieser Vertrag ersetzt den zum 31. Dezember 2004 gekündigten Vertrag vom 9. Dezember 2002.

<u>Dienstleistung Rechnungswesen</u>

Mit Wirkung zum 1. Dezember 2005 hat die Gesellschaft mit den Entsorgungswerken Landau in der Pfalz einen Vertrag über Dienstleistungen auf dem Gebiet des Rechnungswesens geschlossen. Das jährliche Honorar beträgt EUR 16.000,00. Es wurde eine Laufzeit des Vertrages mit 36 Monaten vereinbart.

Zuzahlungsvereinbarung

Mit Datum vom 21. Dezember 2010 wurde die Zuzahlungsvereinbarung zwischen der Energie-Südwest AG, der Enovos Deutschland AG und der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH neu gefasst. Mit Schreiben vom 20. Januar 2016 wurde die Zuzahlungsvereinbarung fristgerecht zum 30. Juni 2017 gekündigt.

Pachtvertrag Restauration Freizeitbad LA OLA

Mit Vertrag vom 1. April 2004 hat die Gesellschaft mit der SH-Service GmbH, Landau in der Pfalz, einen Pachtvertrag über die Restauration im Freizeitbad LA OLA geschlossen. Dieses Pachtverhältnis wurde zum 30. Juni 2016 durch die SH-Service GmbH gekündigt. Zum 1. Juli 2016 ist der Betrieb an die sTservice GmbH (Bad Bergzabern) übergegangen.

Managementvertrag SH-Service GmbH

Mit Wirkung zum 1. Januar 2004 hat die Gesellschaft mit der SH-Service GmbH einen Managementvertrag geschlossen. Gegenstand des Vertrages ist das Erbringen von Leistungen in den Bereichen Unternehmensleitung, Unternehmenssteuerung und Rechnungswesen. Der Vertrag kann jährlich mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

Managementvertrag SH-Jugend & Soziales gemeinnützige GmbH

Mit Wirkung zum 1. Mai 2009 hat die Gesellschaft mit der SH-Jugend & Soziales gemeinnützige GmbH einen Managementvertrag geschlossen. Gegenstand des Vertrages ist das Erbringen von Leistungen in den Bereichen Unternehmensleitung und Rechnungswesen. Der Vertrag kann jährlich mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

Betrauungsvereinbarung mit der Stadt Landau

Mit der Stadt Landau bestehen zwei Betrauungsvereinbarungen für den Betrieb, die Unterhaltung und die Verwaltung

- der Festhalle, des Kulturzentrums "Altes Kaufhaus" und des städtischen Messegeländes
- des Freibades am Prießnitzweg und des Freizeitbades LA OLA

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Steuerliche Verhältnisse

Betriebsfinanzamt Landau in der Pfalz

Steuernummer 24/652/00056

Organschaft Es besteht eine ertragsteuerliche und eine umsatzsteuerliche

Organschaft mit der SH-Service GmbH, Landau in der Pfalz, sowie eine umsatzsteuerliche Organschaft mit der Stadt

Landau in der Pfalz.

Außenprüfung Prüfungsanordnung des Finanzamtes Ludwigshafen vom

3. August 2016 für die Jahre 2011 bis 2015.

Die Prüfung ist zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht

abgeschlossen.

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

Grundlage unserer Arbeiten ist der Prüfungsstandard IDW PS 720 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG). Dieser Prüfungsstandard ist in Zusammenarbeit mit dem Bundesfinanzministerium, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen erarbeitet worden.

Die dort aufgeführten Fragen sind lückenlos zu beantworten. Soweit eine einzelne Frage für die geprüfte Einrichtung nicht einschlägig ist, ist dies zu begründen. Soweit sich die Beantwortung der Frage bereits aus der Berichterstattung über die Jahresabschlussprüfung ergibt, haben wir Verweisungen vorgenommen.

Der oben bezeichnete Fragenkatalog gliedert sich wie folgt:

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation
Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums
Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit
Vermögens- und Finanzlage
Ertragslage

Beantwortung des Fragenkatalogs:

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Im Gesellschaftsvertrag und in der Geschäftsordnung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung sind Zuständigkeiten sowie die Verteilung geregelt. Durch die Implementierung eines Qualitätsmanagementsystems nach ISO 9001:2008 wurden die Unternehmensprozesse in Prozessbeschreibungen erfasst und dokumentiert.

Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass die vorhandene Aufgabenverteilung und Einbindung in die Geschäftsprozesse nicht den Bedürfnissen entsprechen.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Der Aufsichtsrat trat im Berichtsjahr zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen, für die jeweils ein Protokoll angefertigt wurde. Es fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt. Die Niederschriften haben wir eingesehen.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Geschäftsführer, Herr Oberbürgermeister Thomas Hirsch, ist auskunftsgemäß in folgenden Kontrollgremien tätig:

- Geschäftsführer der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, der SH-Service GmbH und der SH-Jugend & Soziales gGmbH
- Vorsitzender des F\u00f6rdervereins f\u00fcr den Jugendstil-Festhalle Landau e. V.
- Vorsitzender des Stiftungsrats der Stiftung für den Jugendstil-Festhalle Landau e. V.
- Vorsitzender im Stadtmarketing und Stadtentwicklung Landau e. V.
- Mitglied im Vorstand des Städtetages Rheinland-Pfalz
- Mitglied im Ausschuss für Recht und Verwaltungsmodernisierung des Städtetages Rheinland-Pfalz
- Mitglied im Hauptausschuss sowie Personal- und Organisationsausschuss des Deutschen Städtetages
- Mitglied in der Verbandsversammlung der Region Rhein-Neckar
- Mitglied im Ausschuss für Regionalentwicklung und -management im Verband Region
 Rhein-Neckar
- Mitglied im Kuratorium der Zukunftsmetropolregion Rhein-Neckar e. V.
- Mitglied der Verbandsversammlung des Eurodistrict PAMINA
- Mitglied im Vorstand des Eurodistrict PAMINA
- Mitglied im Kuratorium der Universität Koblenz-Landau
- Stelly, Vorsitzender des Freundeskreises der Universität Koblenz-Landau/Pfalz e. V.
- Stellv. Vorsitzender im Verwaltungsrat der Sparkasse SÜW
- Mitglied im Kreditausschuss der Sparkasse SÜW
- Mitglied im Kuratorium und Beirat der Bürgerstiftung der Sparkasse SÜW
- Mitglied im Trägerausschuss des Sparkassenverbandes Rheinland-Pfalz
- Mitglied im Verwaltungsrat des Sparkassenverbandes Rheinland-Pfalz
- Vorsitzender der Gesellschafterversammlung Klinikum Landau-Südliche Weinstraße
 GmbH
- Vorsitzender der Gesellschafterversammlung Landesgartenschau Landau 2015 (entfällt im Zuge der Liquidation/Auflösung der Landesgartenschau Landau 2015 gGmbH)
- Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der EnergieSüdwest AG,
- Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der EnergieSüdwest Netz GmbH
- Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der EnergieSüdpfalz GmbH & Co. KG
- Mitglied des Aufsichtsrats der EnergieSüdpfalz GmbH & Co. KG

Anlage 9

Seite 4

- Beiratsmitglied der Enovos Deutschland SE
- Mitglied des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Landau
- Stellv. Vorsitzender des Vereins Südliche Weinstraße e. V.
- Vorstandsvorsitzender des Vereins Büro für Tourismus e. V.
- Vorsitzender des Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Landau e. V.
- Stellv. Vorsitzender des F\u00f6rdervereins zur Unterst\u00fctzung kommunaler Pr\u00e4vention in Landau in der Pfalz e. V.
- Vorstandsmitglied des Thomas-Nast-Verein Landau e. V.
- Vorsitzender des Fördervereins "Ein stationäres Hospiz für LD-SÜW e. V."
- Mitglied im Verwaltungsrat der Südpfalzwerkstatt
- Mitglied im Verwaltungsrat des Ökumenischen Sozialzentrums Landau (beratend)
- Mitglied im Werkausschuss Gruppenwasserwerk "Walsheimer Gruppe"
- Mitglied im Landesgruppenvorstand des Verbandes Kommunaler Unternehmer e. V.
- Stellv. Vorsitzender im Madenburgverein e. V.
- Mitglied im Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung des Karlsruher Verkehrsverbundes (KVV)
- Mitglied im Kuratorium von Aktion Hilfe in Not e. V.
- Stellv. Vorsitzender des Vereins Pfalz Touristik e. V.
- Stellv. Mitglied im Verwaltungsrat der Pfälzischen Pensionsanstalt
- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wurde auf den Ausweis verzichtet.

Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Neben dem Gesellschaftsvertrag liegen Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat vor. In diesen sind Zuständigkeiten, Wertgrenzen sowie zustimmungspflichtige Geschäfte geregelt. Die organisatorischen Regelungen wurden in der Vergangenheit regelmäßig überprüft und ggf. an Veränderungen angepasst. Im Rahmen der Zertifizierung des Unternehmens nach ISO 9001:2008 wurden die Zuständigkeitsregelungen im Unternehmen und die Prozessabläufe erfasst und dokumentiert. Ein Organigramm sowie Dienstanweisungen liegen vor, die regelmäßig aktualisiert werden.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Hierfür haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Die Geschäftsleitung hat ein Korruptionshandbuch erarbeitet, welches Dienstanweisungen, Merkblätter und Strategien zur Verhinderung von Vorteilsnahme und Bestechlichkeit zentral zusammenfasst.

Im Gesellschaftsvertrag ist außerdem geregelt, dass Maßnahmen, die in den Zuständigkeitsbereich der Gesellschafterversammlung fallen, zuvor dem Aufsichtsrat zur Beratung und Zustimmung vorgelegt werden müssen.

Des Weiteren ist im Rahmen der Einführung der ISO 9001:2008 die Verantwortung der Unternehmensleitung und der leitenden Mitarbeiter in einer Prozessbeschreibung niedergelegt. Diese verweist u. a. auf das Vier-Augen-Prinzip und die Einhaltung des bei der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH implementierten QM-Systems.

Seite 6

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Sowohl im kaufmännischen als auch im technischen Bereich liegen schriftliche Arbeits- und Dienstanweisungen vor.

Gesonderte schriftlich fixierte Entscheidungsrichtlinien liegen für Auftragsvergabe, Auftragsabwicklung und Personal vor.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Abweichungen von den vorliegenden Richtlinien festgestellt. Nach unseren Feststellungen sind die Richtlinien geeignet und angemessen.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Alle Verträge werden zentral in den Geschäftsräumen archiviert. Die bestehenden Verträge wurden ordnungsgemäß dokumentiert.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Von der Gesellschaft wird gemäß § 12 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages jährlich ein Wirtschaftsplan mit einem Erfolgs- und einem Finanzplan erstellt.

Nach unseren Feststellungen entsprechen der Detaillierungsgrad sowie die Planungshorizonte den Anforderungen der Gesellschaft.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Falls Planabweichungen vorliegen, werden diese analysiert und in den Aufsichtsratssitzungen, insbesondere im Rahmen der Halbjahresberichterstattung und der Berichterstattung zum Jahresabschluss erörtert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Nach den Erkenntnissen unserer Prüfung gewährleisten der eingesetzte Kontenplan und die Abläufe im Bereich Rechnungswesen eine ordnungsgemäße und zeitnahe Erfassung der Geschäftsvorfälle. Nach unseren Feststellungen erfüllt das Rechnungswesen durch eine ausreichende Untergliederung des Kontenplans die Anforderungen gesetzlicher Vorgaben.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Nach unseren Feststellungen werden die Zahlungen und die Kontostände abgeglichen. Längerfristig feststehende Aus- und Einzahlungen werden frühzeitig eingeplant. Zusätzliche Liquidität wird auf täglich kündbaren Festgeldkonten angelegt. Längerfristige Geldanlagen werden an die anstehenden Auszahlungen angepasst. Die Kreditüberwachung erfolgt manuell und EDV-gestützt.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management liegt nicht vor.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Entgelte werden überwiegend bar vereinnahmt. Forderungen im unbaren Bereich werden nach unseren Feststellungen vollständig und zeitnah fakturiert. Die Gesellschaft erhält regelmäßig Abschlagszahlungen im Bereich der Betriebsführung. Es besteht ein effektives Mahnwesen.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Gesellschaft verfügt über eine Stabsstelle Controlling, die organisatorisch der Geschäftsführung unterstellt ist. Es werden alle Unternehmenssparten erfasst.

Seite 8

h) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Gesellschaft ist wesentlich (49 %) an der EnergieSüdwest AG beteiligt. Überwachungsund Steuerungsinformationen werden durch die EnergieSüdwest AG der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Durch die gesellschaftsvertragliche Verzahnung der Aufsichtsräte der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH und der EnergieSüdwest AG ist der Informationsaustausch gewährleistet.

Für die Tochtergesellschaften SH-Service GmbH und SH-Jugend & Soziales gGmbH (100 %) wird jeweils ein zeitnahes und umfassendes Controlling durchgeführt.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Die Gesellschaft hat nach unseren Feststellungen Maßnahmen ergriffen, um bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen. Es liegt ein dokumentiertes Frühwarnsystem vor, welches halbjährlich aktualisiert wird.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Nach unseren Feststellungen im Rahmen der Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht ausreichend oder nicht geeignet sind, ihren Zweck zu erfüllen.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Eine schriftliche Dokumentation des Frühwarnsystems ist vorhanden. Es wird ein Katalog der erkannten Risiken mit einer Abschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe sowie Maßnahmen zur Minderung des Risikos geführt. Der Katalog wird halbjährlich überprüft, aktualisiert und im Aufsichtsrat erörtert.

d) Werden Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen aktuellen Entwicklungen nicht angepasst worden wären.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Es wurden keine Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen oder Derivate eingesetzt. Daher entfällt die Beantwortung dieses Fragenkreises.

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Diese Aufgaben werden im Rahmen eines Co-Sourcings durch die Stabsstelle Controlling sowie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG wahrgenommen.

b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Die Stabsstelle ist direkt der Geschäftsführung unterstellt. Anhaltspunkte für Interessenkonflikte wurden nicht festgestellt. Die Objektivität der internen Revision wird zudem durch die Zusammenarbeit mit externen Prüfern sichergestellt.

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Ein schriftlicher Revisionsbericht liegt vor. Die Tätigkeitsschwerpunkte lagen bei der Überprüfung der Maßnahmen zur Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes sowie bei der Führung von Zeitwertkonten.

Seite 10

d) Hat die interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Revisionstätigkeiten wurden im Rahmen der Abschlussprüfung nicht besprochen.

e) Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Die interne Revision hat auf die Anwendung von Karenzzeiten bei der manuellen monatlichen Auswertung der Arbeitszeiten hingewiesen. Der Mangel wurde umgehend behoben.

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Die Empfehlungen wurden – soweit möglich – umgehend umgesetzt.

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Die Zustimmung zu den Rechtsgeschäften wurde jeweils eingeholt.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es erfolgte keine Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine derartigen Sachverhalte bekannt geworden.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die nicht mit Gesetz, Gesellschaftsvertrag, Geschäftsordnung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen.

Es bestehen zwischen der Stadt Landau und der Stadtholding zwei Betrauungsakte vom 16. November 2015.

Der eine Betrauungsakt betrifft den Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung der der kulturellen Teilhabe und Freizeitzwecken dienenden Veranstaltungsstätten Jugendstil-Festhalle der Stadt Landau, Kulturzentrum Altes Kaufhaus und des Messegeländes.

Anlage 9

Seite 12

Der zweite Betrauungsakt betrifft den Bau und Betrieb der von den Erholungs- und Freizeitzwecken dienenden Schwimmbäder in Landau, einschließlich der Saunaeinrichtung und der Bereitstellung der Bäder für Schul- und Vereinsschwimmen zu jeweils sozialverträglichen Eintrittspreisen; namentlich das Freibad am Prießnitzweg und das Freizeitbad LA OLA.

Im Jahr 2017 beträgt der Verlust in den betrauten Bereichen TEUR 2.663. Unter Berücksichtigung der Beteiligungserträge von TEUR 2.501 ergibt sich für die betrauten Leistungen eine Unterdeckung von TEUR 162.

Für das Jahr 2017 wurde wie in den Vorjahren keine Ausgleichsleistung in Höhe der Unterdeckung der betrauten Leistungen von der Stadt Landau gezahlt.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Investitionen werden nach unseren Feststellungen angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Nach unseren Erkenntnissen haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Unterlagen zur Preisermittlung nicht ausreichend gewesen wären.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Nach Aussage der Gesellschaft werden Investitionsmaßnahmen entsprechend überwacht und untersucht.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Die abgegebenen Angebote für die Sanierung der Lüftungsanlage im Freizeitbad LA OLA (2. Bauabschnitt) lagen deutlich über der Kostenschätzung. Da das Verfahren durch eine öffentliche Ausschreibung erfolgte, waren alle hiermit verbundenen Schritte transparent nachvollziehbar.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Die Gesellschaft ist in unwesentlichem Umfang Leasing- oder vergleichbare Verträge eingegangen. Zudem bestanden im Geschäftsjahr keine ausgeschöpften Kreditlinien.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Nach unseren Prüfungsfeststellungen und Aussagen der Gesellschaft werden schriftliche und mündliche Konkurrenzangebote eingeholt. Vergaberegelungen werden bei Überschreiten relevanter Schwellenwerte oder der Inanspruchnahme von öffentlichen Fördermitteln angewandt.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Nach den Prüfungsfeststellungen und Aussagen der Gesellschaft werden schriftliche und mündliche Konkurrenzangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Die Geschäftsführung berichtet dem Aufsichtsrat in schriftlicher und mündlicher Form. Es werden in den Aufsichtsratssitzungen nach unseren Feststellungen ausreichende Informationen zur aktuellen Unternehmenssituation gegeben.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte sind nach unseren Feststellungen ausreichend, um dem Überwachungsorgan einen Überblick über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu geben.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Das Überwachungsorgan wurde zeitnah und regelmäßig unterrichtet. Nach unseren Feststellungen lagen ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle nicht vor.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Im Berichtsjahr wurde keine Berichterstattung nach § 90 Abs. 3 AktG durchgeführt.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan er-örtert?

Eine D&O-Versicherung liegt vor. Ein Selbstbehalt ist nicht vereinbart. Der Aufsichtsrat wurde in der Sitzung vom 25. Februar 2015 über Inhalt und Konditionen informiert.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Interessenkonflikte sind uns nicht bekannt geworden.

Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht im wesentlichen Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nach unseren Feststellungen besteht kein wesentliches nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Es wurden keine auffälligen Bestände festgestellt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Anhaltspunkte dieser Art haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Gesellschaft kann sich auf eine solide Innenfinanzierung stützen. Es besteht zum 31. Dezember 2017 eine Eigenkapitalquote von 83,0 %. Wesentliche Investitionsverpflichtungen sollen aus dem laufenden Geschäft und Beteiligungserträgen finanziert werden.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Im Berichtsjahr wurden keine Kredite aufgenommen. Zur Liquiditätssicherung wurden im Berichtsjahr zwischen den Konzerngesellschaften kurzfristige Überbrückungsdarlehen gewährt.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Anlage 9

Seite 16

Die Gesellschaft erhielt im Berichtsjahr Fördermittel zur Sanierung der Lüftungsanlage im Freizeitbad LA OLA (2. Bauabschnitt). Anhaltspunkte einer förderschädlichen Verwendung der Mittel sind uns nicht bekannt geworden.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Nach unseren Feststellungen ist die Eigenkapitalausstattung des Unternehmens angemessen, solange die Verluste durch die Überlassung der Beteiligungserträge von der EnergieSüdwest GmbH kompensiert werden.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Nach dem Vorschlag der Geschäftsführung soll der Jahresfehlbetrag mit den Gewinnvorträgen aus Vorjahren verrechnet werden.

Ertragslage

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/ Konzernunternehmen zusammen?

Vergleiche hierzu die Aufteilung des Betriebsergebnisses in den Erfolgsübersichten für das Geschäftsjahr 2017.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Leistungsbeziehungen mit der SH-Service GmbH und der SH-Jugend & Soziales gGmbH zu unangemessenen Konditionen abgewickelt werden.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Es ist keine Konzessionsabgabe zu zahlen.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Die Betriebszweige Freizeitbad LA OLA, Freibad am Prießnitzweg, Industriegleis sowie die Betriebsführung des Alten Kaufhauses und der Jugendstil-Festhalle sind insgesamt regelmäßig verlustbringend.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Die Geschäftsführung stellt ihre Entscheidungen generell darauf ab, die Auslastung zu erhöhen und die Kosten zu minimieren.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Das Betriebsergebnis ist wie in Vorjahren, insbesondere aufgrund der nicht aufwandsdeckenden Entgelte, in nahezu allen Sparten negativ. Aufgrund der Gewinnausschüttungen der Energie-Südwest AG konnte der Fehlbetrag jedoch reduziert werden.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Die kontinuierliche Verbesserung der Ertragslage steht im Fokus der Unternehmensentscheidungen bzw. bei der Realisierung künftiger Projekte.

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

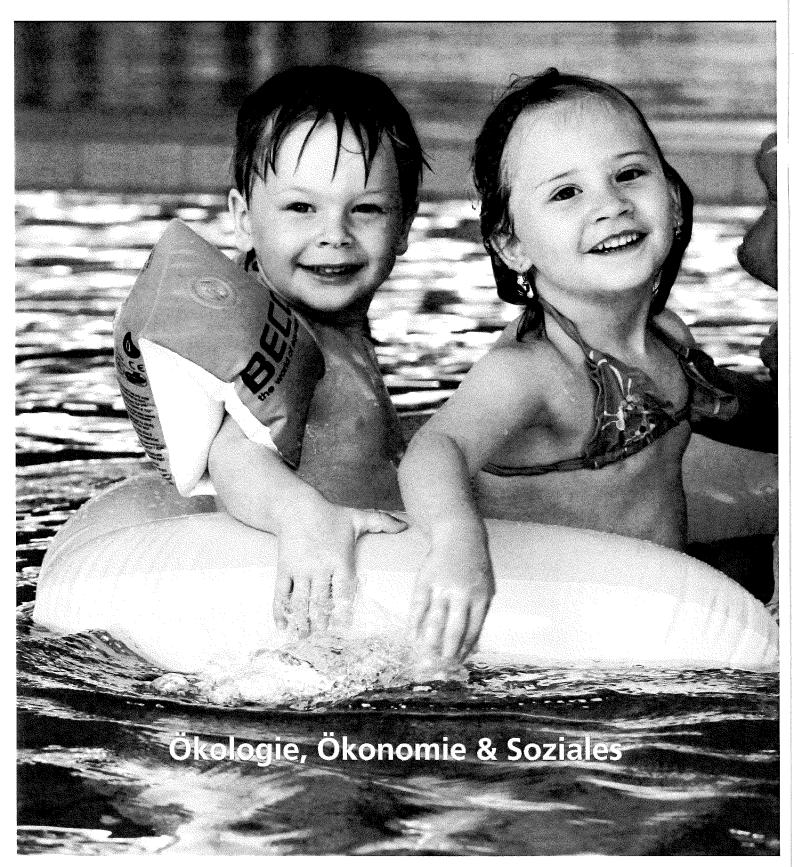
Spartenübersicht 2017 mit Vorjahreszahlen

	පිට	Gesamt	Verw.	Ά.	A+A		FZB	Д	FB		9		Betriebsführung	ührung	Beteiligungen/ Finanzwirtschaft	ungen/ irtschaft
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Umsatzerlöse	3.129.551,29	3.089.053,39	140.764,36	135.326,18	142.459,47	143.447,85	1.807.014,34	1,887,207,89	125.483,08	123.536,81		8.110,20	913.830,04	791.424,46		
Sonstige	273.683,10		13.902,36	1.544,00	21.387,00	21.387,00	13.025,02	1.924,38	70.107,06	69.746,68		2.806,19	104.132,24	31.737,32	51.129,42	131.192,67
Einnahmen gesamt	3.403.234,39	က်	154.666,72	136.870,18	163.846,47	164.834,85	1.820.039,36	1.889.132,27	195,590,14	193.283,49	00'0	10.916,39	1.017.962,28	823.161,78	51.129,42	131.192,67
Aufwendungen für RHB/Warenbezi	398.514,26	L	7.029,37	6,882,99			259.209,39	257.268,52	23.190,39	18.267,41			109.085,11	83.317,15		
Energiebezug	677.529,68		1.868,77				495.572,24	546.672,91	71.996,53	71,657,37			108.092,14	115.904,06		
Bezogene Leistungen	313.088,52		4.328,01	31.400,00	252,97	1.272,58	163.583,43	163.926,23	14.745,42	14.920,42			130.178,69	162.020,79		
Materialaufwand gesamt	1.389.132,46	1,474,899,97	13.226,15	39.672,53	252,97	1.272,58	918.365,06	967.867,66	109,932,34	104.845,20	0,00	0,00	347.355,94	361.242,00	00'0	0,00
Roherqebnis	2.014.101,93	1.874.491,66	141.440,57	97.197,65	163.593,50	163.562,27	901.674,30	921.264,61	85.657,80	88.438,29	00'0	10.916,39	670.606,34	461.919,78	51.129,42	131.192,67
Personalaufwand	2.687.327,78	2.597.766,25	537.428,68	520.812,31			1.247.306,14	1,240,732,57	64.773,91	69.968,43			837.819,05	766.252,94		
Abschreibungen Sachanlagen	966.411,94	5		10.614,95	79.308,54	79.308,58	593.394,49	569.878,28	193.579,97	193,513,53			91.373,71	90.140,57		
Sonstige betriebliche Aufwendunge		.				2.286,86	266.707,34	319.104,90	27.583,42	27.641,65			259.005,56	232.808,71		
Dividende	. ~														2.450.000,00	2.146.200,00
EAV	9.889,74	L													9.889,74	2.871,14
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträ	00'0															0,01
Zinsen und ähnliche Aufwendunger	2.189,63														2.189,63	
Ergebnis	-36.841,78	-453.985,65	-704.070,52	-788.713,79	82.004,36	81.966,83	-1.205.733,67	-1.208.451,14	-200.279,50	-202.685,32	00'0	10.916,39	-517,591,98	-627.282,44	2.508.829,53	2.280.263,82
Steuern vom Einkommen und vom E	11.250,00	6.916,21		288,10	11.250,00	9.475,00							00'0			2.846,89
Sonstige Steuern		7	3.762,59	2,260,00	2.125,90	2.125,90	26.457,59	47.754,84	2.379,48	2.379,48	384,16	384,16	46.483,85	49,455,65		
Ergebnis vor Umlage	-129.685,35	-565.261,89	-707.833,11	-791.261,89	68.628,46	70.365,93	-1.232.191,26	-1.256.205,98	-202.658,98	-205.064,80	-384,16	10.532,23	-564.075,83	-676.738,09	2.508.829,53	2.283.110,71
Umlage Overhead gesamt	00'0	00'0	707.833,11	791.261,89	29.233,51	59.344,64	367.931,65	356.067,85	43.177,82	27.694,17	14.156,66	7.912,62	253.333,47	340,242,61		
Jahresgewinn / -verlust	-129.685,35	-565.261,89	00'0	00'0	39.394,95	11.021,29	-1.600.122,91 -1.612.273,83	-1.612.273,83	-245.836,80	-232.758,97	-14.540,82	2.619,61	-817.409,30	-1.016.980,70	2.508.829,53	2.283.110,71
Jan egewint - vender	20000000															



Stadtholding Landau in der Pfalz

8. Nachhaltigkeitsbericht





Vorwort der Geschäftsführung

2018 ist für die Stadtholding ein besonderes Jahr: Wir blicken zurück auf 45 bzw. 25 Jahre Freizeitbad LA OLA und auf 10 Jahre Freibad am Prießnitzweg. Die Bäder sind wichtiger Teil einer lebendigen Stadtgesellschaft. Sie sind Begegnungsort, Sportstätte und Erholungsraum in einem. Der nunmehr 8. Nachhaltigkeitsbericht der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH wirft einen Blick zurück und thematisiert den Wertbeitrag und Nutzen, den die Bäder erbringen.

Auch im Jahr 2018 hat die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH als Best-Practice für soziale Nachhaltigkeit in einer Broschüre veröffentlicht. Dies ist erneut Ansporn für uns, auch in Zukunft die Anstrengungen für eine nachhaltige Unternehmensausrichtung fortzuführen.

Landau in der Pfalz, im April 2018

lhr

Thomas Hirsch Geschäftsführer



Oberbürgermeister **Thomas Hirsch**

Geschäftsführer der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

Unsere Verpflichtungen für heute und die Zukunft





Wissenswertes

Voraussichtlich im Mai 2018 wird die Stadtholding erstmals nach der neuen ISO-Revision 9001:2015 zertifiziert. Seit 2007 ist die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH nach dem international anerkannten Qualitätsmanagement-Standard ISO 9001 zertifiziert.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist im Wirtschaftsleben keine Selbstverständlichkeit. Daher absolviert der Unternehmensverbund seit 2010 das audit berufundfamilie.



Wissenswertes

Die Stadtholding und die Tochtergesellschaften wurden Mitte 2016 erfolgreich reauditiert.



Wissenswertes

Der 2. Fortschrittsbericht wurde Anfang 2018 veröffentlicht.

Die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH hat sich 2014 dem Nachhaltigkeitskodex der Veranstaltungswirtschaft angeschlossen.

Am 13. November 2012 hat die Geschäftsführung der Stadtholding die "Charta der Vielfalt" unterzeichnet. Ziel ist die Förderung von Vielfalt in Unternehmen.



Wissenswertes

Bekenntnis zur Vielfalt: Gemeinschaftsaktion am 5. Juni 2018.



Wissenswertes

Wir verwenden zu mindestens 84 Prozent Recyclingpapier mit dem Blauen Engel. Die Stadtholding ist Teil der Initiative "Grüner Beschaffen - umstellen auf Recyclingpapier".

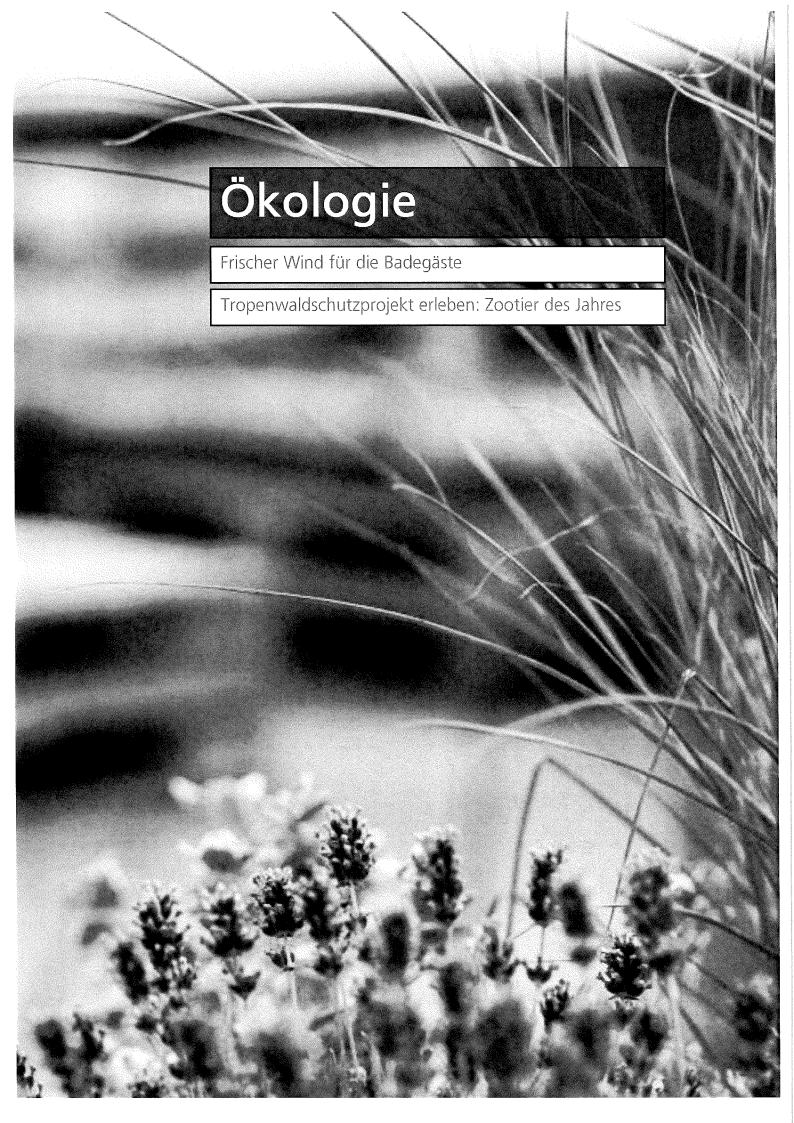
Seit 2009 unterstützt das Freizeitbad LA OLA ein Tropenwaldschutzprojekt auf den Phillipinen und kann damit einen wesentlichen Beitrag zur Einsparung von Kohlenstoffdioxid leisten.



Wissenswertes

Seit 2009 hat die Stadtholding die Katala Foundation mit fast 48.000,- € unterstützt.







Frischer Wind für die Badegäste

Dank der Tatkraft von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnte ein weiterer wichtiger Meilenstein bei der Sanierung der Lüftungstechnik im Freizeitbad LA OLA erreicht werden. Finanzielle Unterstützung kommt vom Bundesumweltministerium.

Ende Juni 2017 öffnete das Freizeitbad LA OLA wieder seine Pforten für Besucherinnen und Besucher. Nach insgesamt vierwöchiger Schließzeit, in der hauptsächlich am zweiten Bauabschnitt der energetischen Sanierung der Lüftungsanlage im Schwimmhallenbereich gearbeitet wurde, stand das Bad wieder mit allen Angeboten zur Verfügung.

Bereits 2016 wurde in der Schwimmhalle eine neue Lüftung installiert und hierfür insgesamt mehr als 600.000 Euro investiert. 2017 wurden für die Fortführung der Lüftungsmodernisierung rund 380.000 Euro aufgewendet.

Die Sanierung der teilweise noch aus den 1970er Jahren stammenden Lüftungsanlage

Gefördert durch:



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit wurde aufgrund der Komplexität der Baumaßnahme in drei Abschnitte unterteilt. Die Lüftungsanlage zählt zu den technischen

Einrichtungen,

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

der ohne die Badbetrieb nicht möalich wäre. Die wird der Lüftungsanlage Sanierung voraussichtlich zu Kosteneinsparungen in Höhe von mehr als 30 Prozent führen. Die Sanierung ist aber nicht nur energetischen Gesichtspunkten sondern auch aus Klimaschutzgründen. Die Baumaßnahme wird daher auch vom Bundesumweltministerium gefördert.

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Ministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen

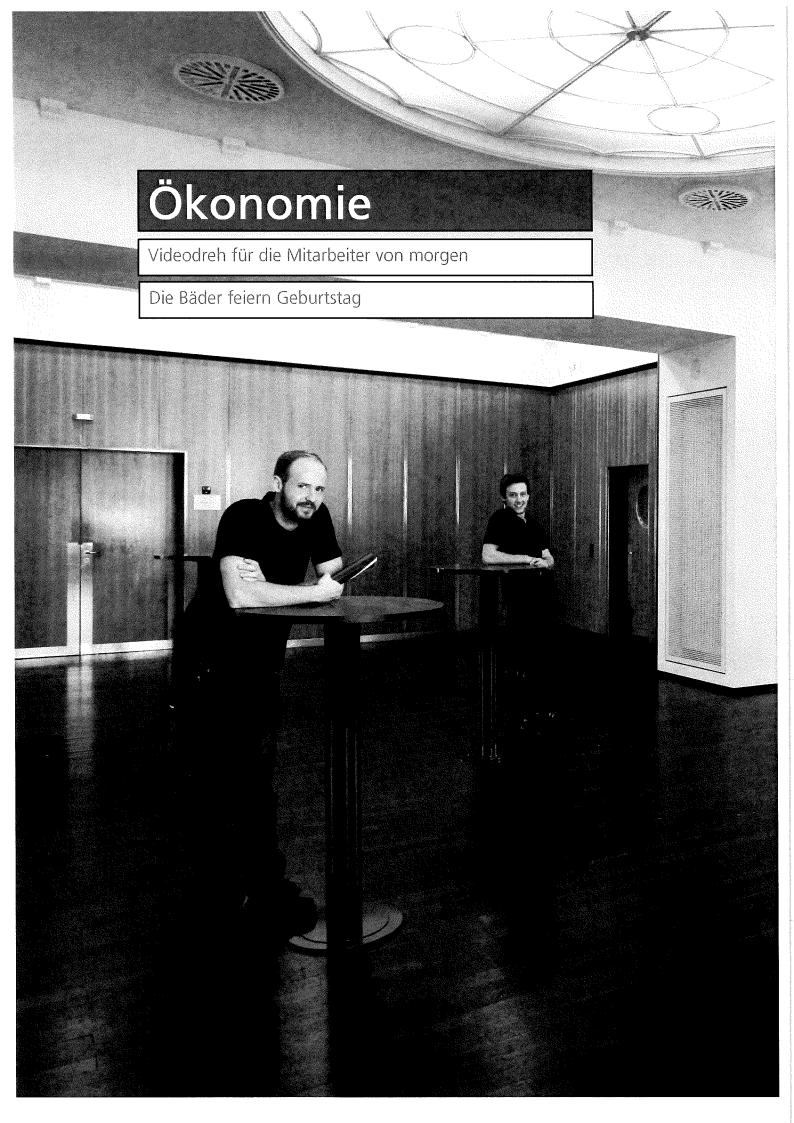
lhre Programme und Projekte leisten. decken ein breites Spektrum Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant gute ldeen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen und Kommunen.

Tropenwaldschutzprojekt erleben: Zootier des Jahres

Seit 2009 unterstützt die Stadtholding das Tropenwaldschutzprojekt der Katala Foundation auf den Philippinen. Hierdurch wird ein wichtiger Beitrag zum Klima- und Artenschutz geleistet. Aber auch in zahlreichen Zoos in Deutschland kann ein Teil des Projektes erlebt werden.

In den frühen 1990er Jahren waren Rotsteißkakadus auf allen größeren und vielen kleineren Inseln der Philippinen noch weit verbreitet,

mittlerweile kommen diese Vögel nur noch in 2% ihres ursprünglichen Lebensraums vor. Die Maßnahmen zum Artenschutz auf Philippinen machen allerdings bemerkenswerte Vorschritte. 350 Tiere konnten zwischenzeitlich wieder gezählt werden. 2017 ging daher der Whitley Award, welcher auch als "Grüner Oscar" bezeichnet wird, an die Vertreter der Katala Foundation. Die Katala Foundation leistet jedoch nicht nur wichtige Arbeit in Südostasien, sondern setzt sich auch dafür ein, dass wir in Deutschland ein Bewusstsein für die Situation der Tiere entwicklen. Die Nominierung des Rotsteißkakadus zum Zootier des Jahres 2017 ist ein Beispiel hierfür. Zoos und Tierparks sind die treibende Kraft auf dem Gebiet Erhaltungszucht, ohne deren Einsatz ein Überleben vieler Tierarten nicht möglich wäre.





Videodreh für die Mitarbeiter von morgen

Bilder sagen oft mehr als tausend Worte. Aus diesem Grund präsentiert sich die Stadtholding seit Frühjahr 2018 mit einem neuen Unternehmensvideo.

In Zusammenarbeit mit Teilnehmerinnen des Programms Führungskräfteentwicklung in Landau (ProFiL) entstand ein zweiminütiger Kurzfilm, der das Karriereportal der

über verschiedene ergänzt. **15 Berufsbilder**Stadtholding ergänzt.
Zielsetzung war es, die Vielfalt

an Aufgaben, aber auch die Vielfalt in der Belegschaft deutlich zu machen.

Ein Grund zum Feiern: 45 Jahre Freizeitbad LA OLA und 10 Jahre Freibad am Prießnitzweg

Die Geschichte der Landauer Schwimmund Badekultur reicht bis in das 19. Jahrhundert zurück.

1828 eröffnete erstmals eine Schwimmschule. 18 Jahre später, unter Bürgermeister Mahla, wurde dann ein öffentliches Naturbad errichtet, welches von allen Gesellschaftsgruppen genutzt werden durfte. Trotz regen Zuspruchs wurde das Bad 1856 wieder geschlossen und eine neue Anlage konnte entaeaen der Schwimmunterrichtspflicht für Soldaten und Schüler erst 1893 eröffnet werden.

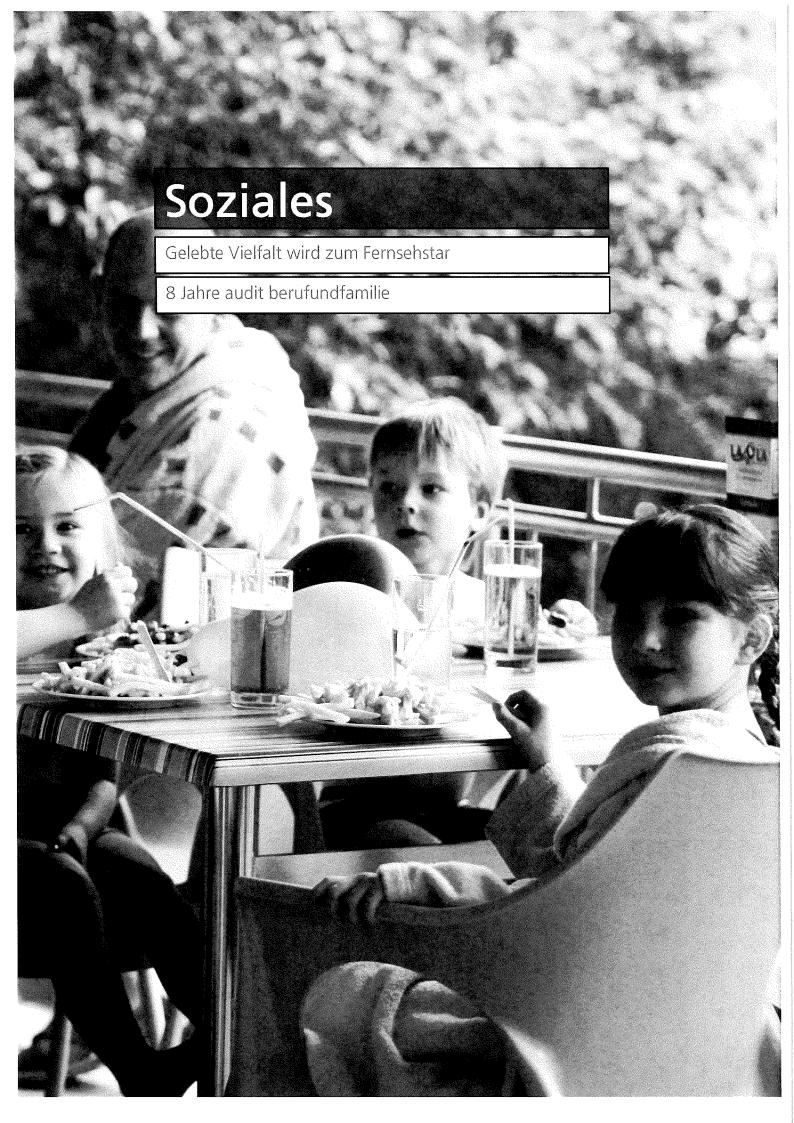
Das heute bekannte Freibad am Prießnitzweg wurde 1930 neu erbaut. Als der Fortbestand des Freibades 1999 in Gefahr war, wurde zusammen mit dem gegründeten Freibadförderverein Sanierungskonzept erarbeitet. Am 17. Mai erfolgte 2008 – unter Leitung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mehrmonatigem Umbau erfolgreiche Neueröffnung des Landauer Freibades. Im Jahr 2015 konnte schließlich der 500.000 Besucher seit der 4,6 Mio. Euro teuren Generalsanierung gefeiert werden. Auch im Jubiläumsjahr 2018 erfährt das Freibad weiterhin großen Zuspruch. Das Freibad am Prießnitzweg bietet auch im 10. Jahr unter Leitung der städtischen Betriebsund Beteiligungsgesellschaft Badespaß in zentraler Innenstadtlage. Bei der Bewertung der Zukunftsfähigkeit des Bades spielen die Besucherzahlen eine wichtige Rolle, aber Freibad nicht nur: Das trägt Gesundheits- und Sportförderung bei und Begegnungsort für die vielfältige Stadtgesellschaft. Werte, die sich nicht in Geldeinheiten bemessen lassen.

Auch das Freizeitbad LA OLA feiert 2018 Geburtstag. 1973 wurde mit Hilfe eines Fördervereins Hallenbad ein mit Schwimmbecken am Standort Horstring erbaut. Durch mehrere Investitionsmaßnahmen im Schwimmhallenund Saunabereich wurde das Hallenbad Schritt für Schritt zu einem modernen Freizeitbad umgebaut. 1993 wurde das namensgebende Wellenbecken ergänzt. Insbesondere unter Betriebsführung der Stadtholding reifte das Freizeitbad LA OLA ab 1999 kontinuierlich zu einer der großen Wellnessoasen der Südpfalz heran.



Die Bedeutung des Freizeitbades LA OLA für die Stadt und die Region hat die Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e. V. im Jahr 2014 mit dem Public Value Award für das öffentliche Bad gewürdigt. Aus Sicht der Jury überzeugt das Freizeitbad LA OLA neben einer soliden Leistung in allen Bereichen vor allem mit einer konsequenten Nachhaltigkeitsphilosophie. Diesem Gedanken folgend, wir die Stadtholding das 45-jährige Jubiläum mit speziellen Events für die ganze Familie feiern.







Gelebte Vielfalt wird zum Fernsehstar

Einmal jährlich beteiligt sich die Stadtholding mit Aktionen am Diversity Day. Dass der Vielfaltsgedanke jedoch auch Bestandteil des Arbeitsalltags ist, belegt auf eindrucksvolle Weise ein Filmbeitrag im ARD-Mittagsmagazin.

Mit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt im Jahr 2012 trat die Stadtholding einer Initiative bei, welche die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Unternehmenskultur in Deutschland voranbringen möchte. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung,



Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

Auf die von der Stadtholding gelebte Vielfalt wurde auch das ARD-Mittags-

magazin aufmerksam, welches im Sommer 2017 hierüber berichtete. ln dem dreiminütigen Film mit Blick hinter die Stadtholding werden 3 Kulissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgestellt. Eine Auszubildende in einem typischen Männerberuf, ein angehender Veranstaltungstechniker Migrationshintergrund und eine Kollegin aus dem Freizeitbad LA OLA mit langjähriger Berufserfahrung.

8 Jahre audit berufundfamilie: Eine Bilanz

Seit 2010 ist die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH nach dem Audit berufundfamilie zertifiziert. Das Unternehmen setzt sich mit verschiedenen Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei den Beschäftigten ein.

Die Einführung von Telearbeit, die Erstellung eines Frauenförderplans, die Unterstützung bei der Kinderbetreuung oder die Organisation von Mitarbeiterfesten unter Beteiligung von Partnern und Kindern sind nur einige Beispiele dafür, wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH gelebt wird.

Teil der auf Familie ausgerichteten Unternehmenspolitik sind auch regelmäßige Informationsveranstaltungen. So referierte beispielsweise im Juni 2017 ein Landauer Rechtsanwalt zu dem Thema Vorsorgevollmacht. Diese kann zum Beispiel nötig sein, wenn der Vollmachtgeber krank ist und nicht mehr selbst entscheiden kann.

Der jüngste Baustein ist eine Betriebssportgruppe. Das ideale Training dafür, um einmal jährlich beim Firmenlauf Südpfalz die sportlichen Leistungen unter Beweis zu stellen.

2017 † 25 Praktikanten im Stadtholding-Konzern.



Kennzahlen

	Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH			
		2017	2016	2015
Beschäftigte				
Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	_	54	57	61
Frauenanteil	%	63	61	63
Frauenanteil obere Führungsebene (einschl. SH-Service GmbH)	%	50 *	44	40
Anteil Teilzeitbeschäftigte	%	37	33	31
Auszubildende (einschließlich Studenten)		8	8	9
Seminarbesuche		39	49	60
Durchschnittliche Weiterbildungs- und Reisekosten je Mitarbeiter	€	279	244	348
Meldepflichtige Arbeitsunfälle		8	6	3

^{*} bei der Berechnung werden seit 2017 neben den Führungskräften auch deren Stellvertretungen einbezoger

Altersverteilung

bis 20 21 - 30 31 - 40 41 - 50 51 - 60 61 - 65 2 2 10 12 11 17 2

Stand 31.12.2017

49 EnergieSüdwest AG %

SH-Jugend & Soziales gGmbH

100

%

Stadt Landau 100 % Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

100 % SH-Service GmbH

Herausgeber: Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH • 2018 • www.stadtholding.de

